

Abonnement 50 Pf. monatlich 1.200 Pf. im voraus zahlbar. ...

Der 'Vorwärts' erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Montags ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65.

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des Wiener ...

Regierungswechsel in Österreich
Polizeipräsident Schober wird wieder Bundeskanzler

Wien, 25. September.

Auf Ersuchen des Bundeskanzlers Stresemann trafen vor der heutigen Ministerratssitzung die Vertreter der Mehrheitsparteien mit den Ministern zu einer kurzen Sitzung unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters des Christlich-sozialen Klubs, Abg. Kunzschaf, zusammen.

Die Vertreter der Mehrheitsparteien, Dr. Seipel, Dr. Wolfawa und Dr. Schönbauer, gaben unter Worten der wärmsten Anerkennung und des besten Dankes für den Bundeskanzler und sein Kabinett die Erklärung ab, daß sie in Anbetracht der politischen Lage die Erklärung des Bundeskanzlers zur Kenntnis nehmen müssen und seinem Vorschlage hinsichtlich der Nachfolgerfrage zustimmen.

Weiter wird gemeldet: Ueber die neue Kabinettsbildung verlautet, daß der Heeresminister Baugouin Vizekanzler, Innenminister ein Mitglied des Landbundes werden soll.

Zur Vorgeschichte der Krise wird folgendes bekannt: Im Parlament, wo sich die Klubs der verschiedenen Parteien im Hinblick auf die Nationalratswahl am Donnerstag versammelt hatten, herrschte wegen der Haltung des Landbundes Krisenstimmung. Der Landbund stellte sich auf den Standpunkt, daß die gegenwärtige Regierung nicht stark genug sei, um die notwendigen Arbeiten im Parlament durchzuführen, und daß die notwendige Beruhigung der Bevölkerung nur durch Einsetzen einer starken Regierung möglich sei.

Der Landbund ist eine bäuerliche Gruppe großdeutscher Charakter, die im Nationalrat nur 9 Mann zählt. Der bisherige Vizekanzler Schumy gehört zu ihren Mitgliedern.

Es darf als ziemlich sicher angenommen werden, daß sich der Uebergang von der Regierung Stresemann zur zweiten Regierung Schober ohne Erschütterungen vollziehen wird. Die Mehrheitsparteien haben sich auf den Wiener Polizeipräsidenten als Nachfolger des scheidenden Bundeskanzlers geeinigt, er hat grundsätzlich angenommen, und wenn alles programmäßig verläuft, wird der Hauptausschuß morgen oder übermorgen durch Mehrheitsbeschluß dem Parlament die Wahl des parteilosen Beamten Schober vorschlagen, die dann nur noch eine Formalität ist.

Der Wiener Polizeipräsident Johann Schober, der demnächst 55 Jahre alt wird, hat vor etwa 30 Jahren seine Laufbahn im Wiener Polizeipräsidentium begonnen und es dort bis zum Hofrat gebracht. Nach der Revolution wurde er mit der Leitung betraut. Das Bundeskanzleramt hatte er schon einmal in einer sehr schwierigen Lage, im Jahre 1921, übernommen und es ungefähr ein Jahr lang geführt. Nach diesem Besuch in der Politik, der seinen Namen in der Welt bekannt machte, kehrte er wieder an seine gewohnte Wirkungsstätte, in das Polizeipräsidentium, zurück. Die Tragödie vom 15. Juli 1927 brachte ihn in einen scharfen Konflikt mit unseren österreichischen Genossen. Schober wies die Angriffe zurück und schien seitdem darauf bedacht zu sein, seinen guten Ruf, der nach seiner Ueberzeugung zu Unrecht Schaden gelitten hatte, wiederherzustellen.

In einem Konflikt mit Seipel geriet Schober, als Seipel in einem Interview des 'Daily Telegraph' behauptete, die Heimwehr sei aus dem Wiener Polizeipräsidentium mit Waffen verjagt worden. Schober wies diese Behauptung erregt und mit großer Bestimmtheit zurück.

Wenn man bedenkt, daß Schobers Tätigkeit stets in der Hauptsache darin bestanden hat, für die Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen, so wird man zu der Annahme neigen, daß er für sein neues Amt Eigenschaften mit-

bringt, die er sehr gut gebrauchen kann. Denn die Republik Österreich steht jetzt unter der Gefahr eines gewalttätigen Angriffs auf ihre Verfassung, den abzuwehren die Regierung verpflichtet ist. Da kann ein tüchtiger und loyaler Polizeipräsident einen großen Teil der notwendigen Arbeit schaffen, indem er die Kräfte organisiert, die den ungestörten Fortbestand gesetzlicher Zustände gewährleisten.

Wenn die Heimwehr weiß, daß sie im Falle eines gewalttätigen Vorstoßes Polizei und Militär geschlossen gegen sich haben würde, dann wird sie es bei den großen Worten bewenden lassen und sich hüten, zu Taten überzugehen. Dann wird sich auch das Wirtschaftsleben in Österreich wieder erholen, dessen schwere Störung durch den drohenden Putsch einen Hauptanlaß zu dem Regierungswechsel gebildet hat.

So klar und einfach die Aufgaben des neuen Bundeskanzlers auf dem polizeilichen Gebiet sind, so schwierig und verworren sind sie auf dem politischen. Er steht an der Spitze einer Regierungsmehrheit, deren Parteien samt und sonders innerlich zerrissen sind. Ein Teil von ihnen sympathisiert mit dem Heimwehrrutschismus, ein anderer möchte Verfassung und Gesetzlichkeit aufrechterhalten. In diesem Wunsche trifft er sich mit der sozialdemokratischen Opposition, die mit ihren geschlossenen Arbeiterbataillonen den Kern des Widerstandes gegen den Heimwehrrutschismus darstellt.

Die Frage, ob die Verfassung gegen gewalttätige Angriffe geschützt werden soll, ist jedoch nicht die einzige, die Österreich beschäftigt. Nebenher geht die Frage, ob und wie sie auf legalem Wege geändert werden soll. Eine legale Verfassungsänderung ist, da sie eine qualifizierte Mehrheit erfordert, gegen die starke sozialdemokratische Opposition nicht möglich. Wer also die Gewalt ablehnt und die Gesetzlichkeit unter allen Umständen wahren will, ist genötigt, die Verständigung mit der Sozialdemokratie zu suchen.

Wenn der neue Bundeskanzler eine Verfassungsreform durchführen will, die legal, also nach Verständigung mit der Sozialdemokratie erfolgt, aber doch die Extremisten in den bürgerlichen Parteien und der Heimwehr befriedigt, so steht er vor der Quadratur des Kreises. Denn es ist selbstverständlich, daß eine Reform, die die Verfassung aus dem Demokratischen ins Faschistische revidiert, auf den härtesten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen wird. Dann wird man vor der Frage stehen, ob man auf die Reform verzichten oder ihre Durchsetzung unter Bruch der Gesetzlichkeit versuchen will.

In dieser Frage fällt noch nicht die letzte Entscheidung, wenn der neue Bundeskanzler, wie er es als Polizeipräsident in den letzten Tagen schon wiederholt getan hat, erklärt, daß er sich mit beiden Füßen auf den Boden der Gesetzlichkeit stelle. Aber diese letzte Entscheidung kann hinausgeschoben werden, und es kann ein Zustand geschaffen werden, der dem Parlament erlaubt, ohne Druck von außen sachlich zu arbeiten. Diesen Zustand zu schaffen und ihn mit allen Mitteln zu sichern, ist die erste Aufgabe, die der neue Bundeskanzler zu erfüllen haben wird.

Herr Stresemann, der jetzt von der Bildfläche verschwindet, war bis zu dem Augenblick, in dem er die schwere Erbschaft Seipels antrat, ein der Welt unbekannter Mann. Man wird sich nirgends wundern, daß er gekannt ist, denn die Situation, wie sie in Österreich entstanden ist, kann nur von einem erfahrenen Politiker gemeistert werden. Herr Schober bringt in sein Amt einen Namen mit, der bekannt und lebhaft umkämpft ist. Wird er beweisen, daß er nicht nur gegen erregte Arbeitermassen energisch sein kann und daß er nach allen Seiten hin der Mann der strengsten Befehlsgewalt sein will?

Das ist eine Frage, die heute nicht nur Österreich interessiert, sondern ganz Europa und vor allem Deutschland. Das Volk von Österreich ist ein Teil des deutschen Volkes, und in Österreich wird ein Stück deutsches Schicksal entschieden. Die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands und darüber hinaus alle republikanisch gesinnten Bevölkerungsteile nehmen an den Kämpfen um die Demokratie in Österreich innerlich den stärksten Anteil. Sie blicken heute auf Wien und fragen, ob die neue Regierung willens und imstande sein wird, die Befehlsgewalt der Demokratie aufrechtzuerhalten und Österreich vor dem Bürgerkrieg zu retten.

Die Wiener 'Arbeiter-Zeitung' über die Krise.

Wien, 25. September. (Eigenbericht.)

Die Wiener 'Arbeiter-Zeitung' schreibt: Der Sturz der Regierung Stresemann ist eine Folge der Intrigen im bürgerlichen Lager selbst und ein Anzeichen der fortschreitenden Zerschlagung der bürgerlichen Parteien. Daß die bürgerliche Mehrheit nicht mehr imstande ist, eine parlamentarische Regierung unter eigener Führung und eigener Verantwortung zu bilden, sondern tatsächlich keine mögliche Regierungskombination mehr sichtbar.

Hugenberg-Krise.

Thüringer Regierung vom Hugenberg-Block gesprengt.

Weimar, 25. September.

Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, die Wirtschaftspartei, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten nahmen heute Stellung zur Haltung des Thüringer Landtages gegenüber dem Young-Plan. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Regierung beauftragt wird, im Reichsrat gegen die Gesetzesvorlagen der Reichsregierung betreffend Annahme des Haager Abkommens zu stimmen. Dieser Antrag bedeutet praktisch die Sprengung der Thüringer Koalition, da sich die vier genannten Parteien durch ihre Haltung in offenen Gegensatz zu den anderen Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten, gestellt haben. Vor der Hand steht noch nicht fest, ob und wann der Landtag zusammentreten wird, da ein Antrag auf Einberufung noch nicht vorliegt. Es ist aber anzunehmen, daß nunmehr die Auflösung des Landtags beschleunigt werden wird.

Herr Hugenberg will die Dawes-Krise herbeiführen, bisher hat er jedoch nur eine Krise einer Länderregierung hervorgerufen, an der seine Leute beteiligt sind. Der Beschluß dieser vier Parteien ist die Folge eines nationalsozialistischen Ultimatus.

Der Hugenberg-Block verfügt in Thüringen über 20 Mandate von 56, Demokraten und Volkspartei zusammen über 8 Mandate. Die Sozialdemokratie hat 18, die Kommunisten 8 Mandate, je eins entfällt auf die Aufwärtler und den Ex-Führer-Mann Dinter.

Nach diesem Antrag der Hugenberg-Deute ist nicht nur

die Regierung entzwei, sondern tatsächlich keine mögliche Regierungskombination mehr sichtbar.

Stahlhelm spielt Krieg.

Und beschimpft die Republik.

Köln, 25. September. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische 'Rheinische Zeitung' berichtet am Mittwoch über ein Stahlhelmspiel, das am Sonntag in der Nähe des Rheinlandsenders Langenberg stattfand und an dem ungefähr 3000 Menschen teilgenommen haben sollen. Der Langenberger Gruppe des Stahlhelm fiel laut 'Mandoverbefehl' die Aufgabe zu, den vom 'Feind' gefährdeten Langenberger Sender zu schützen.

In Ermangelung von richtigen Maschinengewehren rasselten Trommelwirbel. Die Feldhaubigen wurden durch Böllerschüsse demonstriert. Auf einem besonders günstig gelegenen Platz hatte der 'Große Generalstab' seinen Standort aufgeschlagen. Er bestand aus nicht weniger als 200 Mann. Raum hatte die 'Schlacht' begonnen, als der Große Generalstab umzingelt wurde. Mit Einsetzen mußte der Generalstabschef, ein Major a. D. Heider, den Irrtum seiner Mandovertruppen feststellen und den Kampf für eine halbe Stunde abblasen. Mit dem Spazierstock bei Fuß ließen sich die Stahlhelmsoldaten über ihre Fehler belehren. Pflösch erschien Prinz August Wilhelm von Preußen im Auto. Jetzt wurde das Manöver abgesetzt, damit der Hohenzollernsprössling die Parade abnehmen konnte. Als das geschehen war, kehrte man zum feierlichen Trunk in den Klostergarten ein, wo zahlreiche Hahngesänge auf die Republik angestimmt wurden. Ein Unbeteiligter, der diese Ereignisse im Klostergarten beobachtete, hat zwischen Anzeige erstattet.

Genfer Friedensarbeit.

Völkerrecht, Weltwirtschaft und Arbeiterschaft.

W. Schw. Genf, 25. September. (Eigenbericht.)

Die zehnte Bundesversammlung ist zu Ende. Die meisten der bisherigen Versammlungen im letzten Jahrzehnt hatten eine Art von triumphalen Ausgang gehabt: neue Kollektivabkommen zur Förderung des Friedens wurden entworfen. Aber immer wieder hatte sich gezeigt, daß die Versammlung sich allzu sehr von der Realität der heimischen Regierungen, Parlamentsmehrheiten und Volksstimmungen entfernte hatte: die kühn entworfenen neuen Rechtskonstruktionen traten nie in Kraft. Gewiß bedeuteten das Genfer Protokoll von 1924 und die Generalakte von 1928, um nur zwei von einem halbduzend großer Vertragsentwürfe zu nennen, eine Revolutionierung der diplomatischen und politischen Geister. Aber allmählich drohte hinter der Fülle der Projekte die rechtliche Wirklichkeit zu verschwinden. Aus dem Bunde der Regierungen wurde kein Bund der Völker, die sich über die Verfassung ihrer Beziehungen klar sind, sondern ein Bund von Fachleuten, die allein sich im Lobhymn von geltenden, entworfenen, geplanten und erstrebten Rechtsnormen auskennen. Es ist das bleibende Verdienst der leitenden Köpfe der X. Bundesversammlung, daß sie am Grabe so vieler vergangenen Hoffnungen schließlich doch keine neue auspfanzten, sondern vor allem solide Friedensarbeit leisteten.

Der wirkliche Fortschritt dieser Tagung besteht in zweierlei. Einmal darin, daß die vor dreißig Jahren zum erstenmal zwischen den Staaten diskutierte Schiedspflicht für Rechtsstreitigkeiten nunmehr Gemeingut der im Völkerbund zusammengeschlossenen Völkergemeinschaft wird. Ueber dreißig Staaten, darunter die wichtigsten und wichtigsten — Deutschland, Großbritannien mit seinen sechs Dominien, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Brasilien, Peru — haben die Schiedspflicht unterzeichnet und es unterliegt keinem Zweifel, daß die im Wortsinne epochenmachende Initiative der englischen Arbeiterregierung durch die Ratifikation des einmal gegebenen Wortes binnen kurzem eingeleitet werden wird. So rückt sichtbar der Tag näher, wo die Schiedspflicht als das geltende Recht der Völkergemeinschaft verstanden werden kann. Die Führung der englischen Arbeiterregierung brachte auch den zweiten positiven Friedensgewinn dieser Tagung: die Festlegung des Völkerbundes darauf, daß der Kriegsverzichtsvertrag in die Bundesversammlung einzuwickeln ist. Das dient nicht nur der Rationalisierung des Völkerrechts durch Vereinfachung, die ein dringendes Erfordernis für die Besserung des Verhältnisses breiter Bevölkerungsschichten zum Völkerbunde ist, sondern dem Kampf gegen das Recht auf den Krieg überhaupt, das noch lange nicht bis in seine letzten Schlußwinkel verfolgt und ausgerottet ist. Wir begrüßen es, daß diese Einarbeitung nicht in einem Begeisterungssturm erfolgt ist, sondern im Anfang nächsten Jahres eine Eiskommission diese Verfassungsreform durchzuführen hat. Dabei wird dann der Vermittlungskampf gegen die berechtigten Vorbehalte der Landesverträge auf eigene Faust zu führen sein, die sozial dazu beitragen, die ausgezeichneten Formulierungen des Kellogg-Pactes im öffentlichen Bewußtsein zu verankern. In der gleichen Richtung liegt es, wenn — beidemal wieder unter Führung der christlichen Arbeiter — der Völkerbund die ursprünglich deutschen Vorschläge zur Kriegsausbruchverhütung durch Stärkung der Ratifikationskommission und den ursprünglich finnischen Vorschlag zur Finanzunterstützung eines Angegriffenen wieder aufnehmen.

Es entspricht nur dem gegen den Krieg fortschreitendem kollektivistischen Bewußtsein der X. Bundesversammlung, wenn sie gleichzeitig noch in dreifach anderer Hinsicht Anfänge zeigt. Da ist erstens die Diskussion über den Revisionsartikel 19, die es als die herrschende Meinung feststellt hat, daß die Verhandlung und Aufhebung unannehmbarer gewordenen Verträge Bestandteil der Völkerrechtsordnung ist. Wäre der Vorstoß Chinas früher gekommen und hätte kein Delegierter sich freier gefühlt und taktisch beweglicher gehandelt, so wäre nach der Auflösung der in den vertraulichen Beratungen des Unterausschusses des Verfassungsausschusses beteiligten Köpfe schon diesmal ein formeller Beschluß der Bundesversammlung zugunsten der Aufhebung der ungeliebten Verträge Chinas möglich und damit der Präzedenzfall geschaffen gewesen. Zweitens gehört in diese Reihe der von den englischen stark unterstützte, von den dänischen Arbeitern angeregte Beschluß, eine Siebenerkommission einzusetzen, um das Inkrafttreten aller Völkerbundsverträge — auch der über das Weltarbeitsrecht — gegenüber demjenigen zu fördern, die absichtlich oder fahrlässig die internationale Zusammenarbeit zu verfehlen, indem sie die Genfer Kollektivverträge nicht unterschreiben und nicht ausführen; hier tauchen die Umrisse einer kollektiven, sich gegenüber der einzelstaatlichen durchsetzenden Souveränität auf.

reagiert hat. Die Taktik der Raiffeisenbank, dringliche, mehrfach wiederholte Anfragen wegen versprochener, aber nicht eingehaltener Sicherheiten einfach unbeantwortet zu lassen, hat zwar den verstorbenen Referenten Bönisch, wie der Zeuge Dgrowski befundet, zu Wutanfällen und Tobusuchtszenen am Telefon veranlaßt. Aber auf das nabeliegende Mittel, der Raiffeisenbank bis zur Erfüllung der Bedingungen den Kredit zu sperren — was Wunder gewirkt haben würde —, ist man nicht verfallen.

Eine sehr eingehende Untersuchung knüpfte sich auch an die optimistische Berichterstattung Sempers an den Finanzminister. Im Bericht vom 16. Januar 1926 heißt es, daß nach einstimmiger Ansicht des Direktoriums der Preußentasse die an die Raiffeisenbank gegebenen Kredite nicht als gefährdet anzusehen seien. Dieser entscheidende Satz ist vom Präsidenten Semper handschriftlich in den Bericht eingefügt worden, nachdem die Mitdirektoren ihn bereits unterzeichnet hatten. Ein Beschluß über die Einstimmigkeit ist nicht herbeigeführt worden, sie scheint auch — trotz teilweise widersprechender Aussagen — keineswegs in solichem Umfang bestanden zu haben. Sachlich ist die Auffassung Sempers insofern von Bedeutung, als er die eingetretene Verluste erst auf die Liquidation der Raiffeisenbank durch das Direktorium Klepper zurückführt. Nach den Ergebnissen des Revisionsberichts von 1928 ist es aber ausgeschlossen, daß die Raiffeisenbank in absehbarer Zeit die eingetretenen Verluste hätte ausfallen können.

Bezeichnend ist auch folgendes: Am 2. März 1925 erhielt die Preußentasse erstmalig, wenn auch sehr unvollständig, Nachricht von den Verlustgeschäften der Raiffeisenbank. Trotzdem geschah nichts Entscheidendes, weil sich der Referent Bönisch gerade in Krankheitsurlaub befand. Erst im Oktober ließ die Preußentasse durch die Treuhändergesellschaft bei der Raiffeisenbank revidieren. Die Verögerung erklärt der Zeuge Semper zunächst damit, daß er — wie bereits feststeht — von Dietrich über den Umfang der Verluste getäuscht worden ist. Der Berichterstatter bringt nunmehr die Angelegenheit des Herrmann-Konzerns zur Sprache, die der „Vor-

Das gleiche zeigt sich in der Gesamttaktion gegen den Wirtschaftsnationalismus, die durch den zweijährigen Zollfrieden eingeleitet werden soll, auf den sich die X. Bundesversammlung geeinigt hat. So sehr dabei Pläne auf kontinentale Zusammenschlüsse auftauchten, es hat sich im Endergebnis doch gezeigt, daß der die weltwirtschaftlichen Verknüpfungen so fest über die ganze Erde gespannt sind, daß der Wirtschaftskrieg aller gegen alle nicht durch einen Wirtschaftskrieg von Gruppen gegeneinander, sondern nur durch den Wirtschaftsfrieden aller mit allen abgeleitet werden kann. Erst wenn dieser stabilisiert ist, wird die Vereinheitlichung politisch getrennter, wirtschaftlich gleich hochstehender Gebiete möglich. So sehr die Vermittlung des Wirtschaftsfriedens noch Gegenstand künftiger Kämpfe ist, diese Zusammenarbeit ökonomisch gleichstehender Länder war hier bereits jetzt in dem Miteinandergehen und Miteinanderbringen von Deutschland, England und Frankreich um die Wirtschaftspolitik sichtbar, das sich in den drei Persönlichkeiten des französischen Handelsministers Loucheur, des britischen Arbeiterabgeordneten, Professors der Wirtschaftswissenschaften und Staatssekretärs im Außenministerium Dalton und des deutschen sozialdemokratischen Delegierten Dr. Breitscheid verkörperte. Wenn wir manchmal bedauerten, daß die völkerrechtspolitische Rolle unserer Nation auch diesmal in Genf nicht bedeutender als die Frankreichs gewesen ist: dank seiner handelspolitischen Sachbeherrschung hat Dr. Breitscheid, als einziger Deutscher zum Berichterstatter an die Plenartagung gewählt, für Deutschland, um einen in Genf nicht mehr gebrauchten Ausdruck einmal anzuwenden, eine Vormachtstellung erlangt, die auch für die Zukunft gesichert ist, da Deutschland auch im Rat für Wirtschaftsfragen federführend ist. Es kommt darin zum Ausdruck, daß jedenfalls in Deutschland die Handelspolitik als gleichberechtigte Schwester neben die eigentliche „Außenpolitik“ zu treten beginnt, wobei beide sich mehr und mehr in Genf konzentrieren, jene zur Wirtschaftspolitik, und diese mehr und mehr zur Völkerrechtspolitik wird.

Erfolge und Anfänge sind so auf diesen beiden Gebieten das Kennzeichen der X. Bundesversammlung gewesen. Die Abrüstung hingegen scheint so hoffnungslos verfahren wie je. Sie ist noch immer der Kampf um die Abrüstung des anderen. Alle wollen die Abrüstung, aber alle wollen sie so, daß sie für alle anderen unannehmbar ist. In der Tat: gibt man der Vorkonferenz Anweisung, sich zu einigen, so einigt sie sich durch gegenseitiges Nachgeben. Sie beschließt dann nicht, sondern sie verhindert die gemeinsame Abrüstung. Es wird an der Zeit, die „Vorbereitende“, die Vorkonferenz an ihre wahre Aufgabe zu erinnern, nämlich vorzubereiten, das heißt sich zu veruneinigen und die Gegenläufe scharf herauszuarbeiten. Dann haben die Regierungen daran zu gehen, durch diplomatische Verhandlungen die Punkte und die Methoden herauszuarbeiten, über die die Einigung zuerst möglich ist und sie dann auf Konferenzen durchzuführen. Die anglo-amerikanischen Verhandlungen stellen schon einen Anfang dazu dar. Wie die Politik zur Abrüstung weiter zu treiben ist, wird später darzulegen sein. Grundsätzlich ist gerade angesichts der völligen Ergebnislosigkeit daran festzuhalten, daß die Abrüstung so gut wie jedes andere weltgeschichtliche Problem zu bewältigen ist. Es kommt nur darauf an, es mit dem revolutionären Realismus anzufassen, der sich in der Räumung des Rheinlandes, der Lösung des Reparationsproblems und jetzt wieder in den anderen Ergebnissen der zehnten Bundesversammlung der Völker und Regierungen durchgesetzt hat.

Schluß in Genf.

Genf, 25. September. (Eigenbericht.)

Die 10. Vollversammlung des Völkerbundes fand am Mittwoch mittig ihr Ende.

In die dreizehnhedrige Kommission zur Nachprüfung der Verhältnisse des Völkerbundssekretariats, des Internationalen Arbeitsamts und des Bureaus des internationalen Gerichtshofes wurden u. a. Graf Bernstorff, Lord Cecil und Loucheur gewählt. Die Zurückziehung des Antrages über die Reparationsbank wurde zur Kenntnis genommen, die Entscheidung über Artikel 19 ohne Widerspruch in der Kommissionsfassung angenommen.

In seinem Schlußwort erklärte der Präsident Guerrero (San Salvador), daß die Versammlung ein weites Aktionsprogramm entworfen habe. Sie habe ferner erhebliche Fortschritte in bezug auf die internationale Gerichtsbarkeit gemacht und man könne insofern sagen, daß die 10. Jahresversammlung des Völkerbundes eine glückliche Versammlung gewesen sei.

märts“ im Juli 1925 meldete. Aus der Erklärung der Raiffeisenbank hierzu mußte doch das Direktorium der Preußentasse erkennen, daß es von Dietrich und Schwarz hinter die Ohren geführt war. Semper bejahte dies. — Berichterstatter: Warum nun noch immer eine Verögerung der Revision um zwei Monate? — Semper: „Aus technischen Gründen.“

Ehrhardts Geschäftsführer bleibt in Haft

Abgelehnte Haftentlassungsanträge.

Die Haftentlassungsanträge der drei im Zusammenhang mit der Bombenangelegenheit in Mülheim festgenommenen Personen und des Geschäftsführers Plas sind in dem Haftprüfungsamt, das am heutigen Mittwoch in Moabit stattfand, abgelehnt worden.

Dr. Salinger unbeteiligt.

Der Polizeipräsident hat an den Verband, in dem Dr. Salinger tätig ist, ein Schreiben gerichtet, in dem er feststellt, daß keinerlei Anhaltspunkte dafür vorlägen, daß Dr. Salinger an den Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen sei oder von ihnen gewußt habe.

Hungerstreik politischer Gefangener in Belgien. Von den Gefangenen, die im Zusammenhang mit der kommunistischen Verschwörung in Haft genommen worden waren, sind 25 Personen in den Hungerstreik getreten. Sie gaben als Grund an, der Generalgouverneur habe ihren Brief unbeantwortet gelassen, in dem sie den Hungerstreik androhten, falls ihnen bestimmte Forderungen nicht erfüllt werden sollten.

Vortrag Herriots in Berlin. Der ehemalige französische Ministerpräsident Edouard Herriot hält auf Einladung der Pan-europäischen Union am 10. Oktober einen Vortrag über die Organisation Europas, der durch ein Referat von A. R. Couderhove-Kolergis eingeleitet wird. Der Vortrag findet um 20 Uhr im Großen Festsaal von Kroll statt.

wortung zustande zu bringen, daß sie, nachdem sie lange Zeit mit den Putschisten kollaboriert, die Putschisten gefördert, die Putschisten als ihre Werkzeuge benutzt hat, jetzt keinen anderen Ausweg mehr weiß als abzutreten und sich selbst unter die Führung des Polizeipräsidenten zu stellen, um das durch die Putschdrohungen beunruhigte inländische und ausländische Kapital darüber zu beruhigen, daß die bürgerliche Ordnung nicht gestört werden wird, zeigt die ganze jämmerliche und Schande dieser bürgerlichen Politik. Was tut man, wenn alles drunter und drüber geht? Man holt die Polizei. Was tun die Bürgerlichen, wenn sie einen Bundeskanzler aus ihrer eigenen Mitte nicht mehr zustande bringen? Man holt den Schober. Die Arbeiterklasse kann selbständig

abwarten, wie Schober seine Regierung zusammensehen

und was für eine Politik er betreiben wird. Mit 800 000 organisierten Arbeitern und Angestellten wird keine Regierung fertig, wie immer sie aussieht. Was immer jetzt kommt, man wird die Sozialdemokratie bereut finden.

Schober wahr seine Entschlußfreiheit.

Wien, 25. September.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der für morgen einberufene Nationalrat nur die formelle Bekanngabe des Rücktritts Stresemanns durch den Präsidenten entgegennehmen, um sich dann zu vertragen.

Es verlautet weiter, Polizeipräsident Schober habe bei seinen längeren Beratungen mit den Vertretern der Mehrheitsparteien die Frage gestellt, ob und welche Bedingungen an die Übernahme der Regierung geknüpft werden. Auf die Antwort, daß keine Bedingungen gestellt würden, ihm auch überlassen bleibe, ein Beamten- oder parlamentarischer Kabinett zu bilden, habe er zwar seine endgültige Entscheidung für morgen vorbehalten, doch könne die Annahme des Bundeskanzlerpostens durch ihn als sicher gelten.

Man erwartet, daß die Bildung des neuen Kabinetts, dem mehrere Mitglieder der bisherigen Regierung angehören werden, in kurzer Frist erfolgt. In parlamentarischen Kreisen wird erklärt, angesichts der großen Autorität, der sich Schober als lokaler, staatsstreuer Beamter im In- und Ausland erfreut, erwarte man allgemein, daß im wirtschaftlichen Leben und in der politischen Lage eine rasche Beruhigung eintreten wird, zumal Schober auch bei den Heimwehren, die seine Berufung jetzt wiederholt in Versammlungen forderten, sehr geschätzt werde. Andererseits seien ja von sozialdemokratischer Seite die seit dem 15. Juli 1927 unterbrochenen Beziehungen zu Schober in der letzten Zeit wieder aufgenommen worden.

Konferenz der Kleinen Entente.

Genf, 25. September. (Eigenbericht.)

Die Außenminister der Kleinen Entente hielten am Mittwoch in Genf eine Zusammenkunft ab, in der u. a. über die österreichische Frage gesprochen wurde.

Wie zuverlässig verlautet, ist man in der Beurteilung der Lage in Oesterreich nicht einig. Während der Bericht eines Militärattachés, der eine gewisse Rolle in diesen Verhandlungen spielte, zu dem Schluß kommt, daß in drei bis vier Monaten in Oesterreich ein Heimwehrputsch bestimmt zu erwarten sei, sah Bönisch die Lage viel ruhiger an und behauptete, ein friedliches Kompromiß zwischen Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten würde die jetzige gespannte Lage in Oesterreich bald klären. In dem Bericht des Militärattachés wird ferner behauptet, daß die Heimwehr dem Republikanischen Schutzbund insofern besserer Bewaffnung und eines größeren Kadres früherer Berufs-offiziere militärisch überlegen sei und in einer bewaffneten Auseinandersetzung siegen würde. Von einer Seite wurde in der Diskussion behauptet, daß Italien auf dunklen Umwegen die Heimwehrebewegung unterstütze.

Die Außenminister beschloßen, die nächste Tagung der Kleinen Entente im Mai in Prag abzuhalten.

„Ein Waschkorb voll Wechsel.“

Deutschnationale Geschäftsmethoden bei der Raiffeisenbank.

Die Mittwochperhandlung des preußischen Untersuchungsausschusses über den Raiffeisenfandall zeigte durch die weitere Vernehmung des früheren Präsidenten Semper, des jetzigen Präsidenten Klepper und des Staatsfinanzrats Dgrowski von der Preußentasse — letzterer war Korreferent in der Raiffeisenfandall, der Referent Staatsfinanzrat Dr. Bönisch ist verstorben — sehr interessante Ergebnisse.

Noch nicht reiflos, aber bis zu einem gewissen Grade wurde beispielsweise die Frage geklärt, woher die Raiffeisenbank das Geld für ihre nichtgenossenschaftlichen Verlustgeschäfte (das heißt mit den Schiebern Uralzef, Liebe, Thias usw.) genommen habe. Zeuge Semper meinte zunächst, daß dies aus den für genossenschaftliche Zwecke gegebenen Krediten der Preußentasse nicht gesehen sein könne, da für diese Kredite als Unterlagen nur Genossenschaftswechsel eingereicht worden seien. Es ergab sich aber, daß im Jahre 1926 der als Vertrauensmann der Preußentasse bei der Raiffeisenbank fungierende Direktor Albert Dietrich, der den 43 bis 45 Millionen Wechseln der Raiffeisenwarenanstalten nur 36 bis 37 Millionen Forderungen gegenüberstanden, so daß also für 8 bis 10 Millionen Marx Gefälligkeitsakzepten gegeben waren. Dieses Bild einer üblen Wechselreiterei wurde ergänzt durch den Zeugen Dgrowski, der erklärte, von der im Jahre 1926 eingeleiteten Direktion der Raiffeisenbank gehört zu haben: „Die frühere Direktion Dietrich-Selmann-Schwarz habe immer einen Waschkorb voll Wechsel stehen gehabt, in den sie noch Bedarf hineingegriffen habe.“

Auch das Kapitel der persönlichen Korruption erfuhr eine wesentliche Klärung: Aus den Akten stellte der Berichterstatter fest, daß die Direktoren der Raiffeisenbank sich selber in ausgedehntem Maße als Kreditnehmer beteiligt haben: an der Spitze steht der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dietrich, der einen persönlichen Kredit von 74 000 M. seiner Bank entnahm, obwohl er, wie es in dem Revisionsbericht seiner Parteifreunde u. Kameda heißt, nach seinen persönlichen Verhältnissen ihn gar nicht nötig gehabt habe. Der Abteilungsleiter Krause erwirkte einer Firma in Berlin-Tempelhof einen Kredit von circa 275 000 M., der reiflos verloren ging. Nachher stellte sich heraus, daß diese Firma niemand anders — als er selber war! An der Firma Thias u. Co. hat die Raiffeisenbank über eine Million verloren. Begründer der Firma war der Prokurist und Abteilungsleiter der Raiffeisenbank, Lannen! Der Revisionsbericht von Rameda stellt sämtlichen sechs Abteilungsleitern der Raiffeisenbank das Zeugnis größter Unzuverlässigkeit und einer bis ans Verderberische gehenden Unehrlichkeit gegen ihre eigene Bank aus.

Immer wieder kam zur Sprache, daß die Preußentasse unter Präsident Semper diesen Mißständen gegenüber zu zögernd

Der Reichsfinanzminister zur Lage.

Eine Erklärung Hermann Müllers.

Reichsfinanzminister Hermann Müller hat vor seiner Rückreise nach Berlin dem Chefredakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung“ die folgende Erklärung zur innerpolitischen Lage abgegeben:

„Die wichtigste Aufgabe der am 30. September beginnenden außerordentlichen Tagung des Reichstags ist die Erledigung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Gesetzes über die Versicherung der Erwerbslosen. Mit Recht drängt die Leitung der Arbeitslosenversicherung-Anstalt auf eine rasche Erledigung dieser Gesetzentwürfe. Der Winter, der eine Steigerung der Zahl der Erwerbslosen bringen wird, steht vor der Tür. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde auf Grund von falschen Schätzungen unter der vorhergehenden Regierung verabschiedet. Man rechnete damals den Jahresdurchschnitt mit 800 000 (achthunderttausend) Erwerbslosen, während der im Sommer von der Regierung eingeführte Sachverständigenausschuss von einer durchschnittlichen Zahl von 1 100 000 Erwerbslosen ausgeht. Das Gesetz hat seine soziale und seine finanzielle Seite. Die zu lösende Aufgabe besteht darin, für alle berechtigten sozialen Anforderungen die finanzielle Deckung zu schaffen. Das verlangt eine ordentliche Staatswirtschaft.“

Nach meiner Rückkehr nach Berlin werde ich den Versuch machen, die in der Regierung vertretenen Parteien auf einer gemeinsamen Basis zu einigen. Nach den bisher in Berlin mit den Parteien geführten Verhandlungen wird das nicht leicht sein, weil die Parteiwünsche noch sehr weit auseinander gehen. Ich hege trotzdem die Erwartung, daß die Verhandlungen einen gangbaren Ausweg eröffnen.

Ende Oktober hat der Reichstag eine Reihe Gesetze zu verabschieden, die auf dem Young-Plan ruhen und ohne deren Erledigung die baldige Befreiung der besetzten Gebiete nicht erfolgen würde.

Vor dem Kriege hörten wir oft, daß das deutsche Volk im Grunde ein unpolitisches Volk sei. Wenn es vor der Erledigung dieser außenpolitischen und auch innenpolitischen so überaus wichtigen Gesetzentwürfe infolge der Haltung der Parteien etwa gar zu einer Regierungskrise käme, so würde mit Recht die Frage aufgeworfen werden, ob das deutsche Volk nach dem Kriege denn aufgehört hat, ein unpolitisches Volk zu sein. Die erwähnten Vertreter des deutschen Volkes sollten das bedenken.“

Kompromißverhandlungen.

Köln, 25. September.

Die „Kölnische Zeitung“ macht in ihrer heutigen Vorabend-Ausgabe in einem Berliner Telegramm Mitteilung von Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten über ein neues Kompromiß in der Arbeitslosenfrage geführt worden seien. Es wird hinzugefügt, es handele sich hierbei nicht um ausdrücklich bewilligte Persönlichkeiten der genannten Fraktionen. Der Zweck der Beratungen sei gewesen, der Deutschen Volkspartei einen gemeinsamen Entwurf der drei genannten Koalitionsparteien vorzulegen. Der Entwurf der Reichsregierung soll mit zwei Einschränkungen angenommen werden, nämlich Anwendbarkeit der verlängerten Wartezeit nur auf jugendliche alleinstehende Arbeitslose unter 21 Jahren und Anrechnung der Sozialrenten auf die Arbeitslosenrenten erst von 30, nicht von 20 Markt an.

Das auf 1½ Jahre befristete Sondergesetz soll mit folgenden Abänderungen angenommen werden: Die im Hauptgesetz enthaltenen einschränkenden Bestimmungen über die Saisonarbeitunterstützung werden in das Sondergesetz aufgenommen. Die Gleichstellung jugendlicher Lediger mit den Saisonarbeitern sowie die Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter auf drei Wochen werden gestrichen. Der im Reichsstaatskompromiß vorgesehene Sonderbeitrag des Baugewerbes in Höhe von 1 Proz. soll fortfallen. Das finanzielle Ergebnis dieses Kompromisses wird dahin gekennzeichnet, daß statt der 100 Millionen Markt Ersparnis in der veränderten Regierungsvorlage nur 60 bis 70 Millionen Ersparnis erzielt werden. Nach dieser Lösung würde ein Fehlbetrag von 70 bis 80 Millionen Markt im Jahr ungedeckt bleiben.

Das rheinische Blatt bezweifelt, daß dieser Betrag durch Befreiung von Mißständen auf dem Verwaltungswege eingespart werden kann. Das Blatt ist der Überzeugung, daß die Volkspartei ein solches Kompromiß nicht annehmen wird.

Eine Falschmeldung!

Eine demokratische Korrespondenz verbreitet die Mitteilung, daß der Reichsarbeitsminister „vom Reichsfinanzminister 50 Millionen für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge neu angefordert“ habe. Richtig ist, daß der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister für die produktive Arbeitslosenfürsorge die Bereitstellung neuer Beträge gewünscht hat. Der von dem demokratischen Organ genannte Betrag stimmt mit den tatsächlichen Anforderungen nicht überein. Ebenso ist es falsch, daß sich eine Parteiführerbesprechung mit der Angelegenheit bereits befaßt hat.

Räumungsplan der Belgier.

Schlus am 25. November.

Nach, 25. September. (Eigenerbericht.)

Die in der zweiten Zone des besetzten Gebietes stationierten belgischen Truppen werden wie folgt abtransportiert werden: Das 8. Artillerie-Regiment zwischen dem 21. und 30. Oktober nach Mecheln, das 1. Kavallerie-Regiment am 5. November nach dem Lager von Beverloo, das 15. Artillerie-Regiment zwischen dem 7. und 12. November nach Lüttich, das 7. Infanterie-Regiment zwischen dem 15. und 25. November nach Mecheln, das 4. Maschinengewehr-Bataillon und die 7. Infanterie-Begleit-Batterie zwischen dem 15. und 25. November nach Hasselt.

Prager Auflösungsorder veröffentlicht.

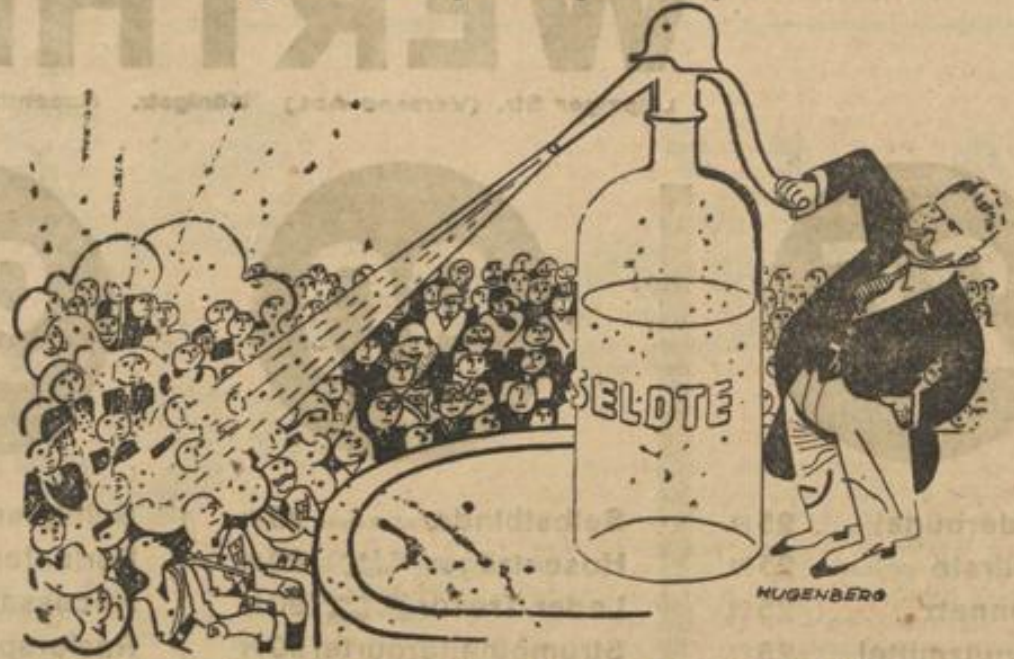
Masaryk hat unterschrieben.

Prag, 25. September.

Heute nachmittag wurden die Handschriften veröffentlicht, womit der Präsident der Republik das Abgeordnetenhaus und den Senat auflöst.

Begnadigt wurde der in Rußland wegen Spionage zum Tode verurteilte Finnländer Fabricius zu zehn Jahren Gefängnis.

Im Sportpalast.



Seldte und Hugenberg sprechen zu ihren Anhängern.

Gefängnis für Duellanten.

Studentische Bestimmungsmensuren sollen nach dem Gesetz verfolgt werden.

Der Strafsenat des Reichstages setzte gestern die Bestimmungen der Duell-Paragrafen fort.

Genosse Dr. Rosenfeld (Soz.)

widerlegte die Behauptung des Abg. Hergt, daß in der kaiserlichen Zeit die Ehrengerichte, deren Mitglieder nach dem Gesetzentwurf strafflos sein sollen, dem Duell-Unwesen entgegenwirken hätten. Nach der damals geltenden kaiserlichen Verordnung von 1874 hätte der Ehrenrat nur dann einen Sühneveruch zu machen gehabt, wenn es die Standesfitte zuließ, andernfalls habe der Ehrenrat also nicht einmal einen Sühneveruch machen müssen. Der Abgeordnete Hergt habe ferner behauptet, daß bei Verurteilungen der Rechtschulch oft nicht ausreichende und deshalb der Weg des Duells offenstehen müsse.

Wenn es dem Abgeordneten Hergt ernst sei mit der Verschärfung der Strafe gegen diejenigen, die Beleidigungen oder Beschimpfungen begangen hätten, so würden die Bestimmungen des Republik-Schutzgesetzes die beste Gelegenheit sein, dieser Auffassung zu folgen.

Da würden dann die Deutschnationalen alles tun können, um Verschärfungen des Gesetzes herbeizuführen. Die Schlägermensuren der Studenten müßten strafbar sein und auch verfolgt werden. Das Reichswehrministerium möge darüber Auskunft geben, wie es in der Reichswehr mit dem Duell stünde. Auf jeden Fall sei das Fortbestehen und die Anerkennung von Zweikämpfen mit der demokratischen Staatsverfassung nicht vereinbar, nach welcher alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien und öffentlich-rechtliche Vorrechte der Geburt oder des Standes nicht mehr beständen. Die sozialdemokratische Fraktion sei mit ihren Anträgen nicht soweit gegangen wie der schwedische Strafsenat, der sogar Zuchthausstrafe von sechs bis acht Jahren androhe.

Abg. Dr. Hergt erwiderte, daß der Abbau des Duellwesens schon im kaiserlichen Deutschland durchgeführt worden sei. Von einer Privilegierung einer bestimmten Klasse könne heute nicht mehr die Rede sein, da der Zweikampf mit Gefängnis bestraft werden solle.

Ein Vertreter des Reichswehrministeriums erklärte, daß die Zweikämpfe in der Reichswehr verboten seien und auch nicht mehr vorkämen. Lediglich vor mehreren Jahren habe sich ein einziger Fall in der Marine ereignet, der eine Bestrafung der Beteiligten und Entlassung zur Folge gehabt habe.

Ministerialdirektor Schäfer erwiderte auf die Frage des Genossen Rosenfeld, daß bei einem wirklichen Duell die Behörde ihre Pflicht täte, bei den kühnen Renouren würden zweifellos nur ein Teil verfolgt. Was bezüglich dieser Mensuren vom Reichsjustizministerium zu veranlassen sei, werde vom Ausgang der Debatte abhängen.

Abg. Landsberg (Soz.)

stellte gegenüber dem Abg. Hergt fest, daß ein Privileg bei einem Zweikampf bestünde. Eine bestimmte Schicht der Bevölkerung werde

auf dem Standpunkt, daß ihre Ehre etwas so großes sei, daß ihre Antastung nicht durch den Richter geahndet werden könne, vielmehr Bemühtung nur mit der Waffe geschaffen werde. Damit messe diese Klasse sich ein Privileg an und der Staat erkenne es an, indem er in dem jetzt geltenden Gesetz als allein zustehende Strafe Festung androhe, diese Strafe aber bei Duellanten ein verhängtes Gefängnis sei. Auch im Gesetzentwurf sei bei Tötung im Zweikampf nur eine Mindeststrafe angedroht, die bei mildernden Umständen soweit herabgesetzt werden könne, daß Umgestaltung in Geldstrafe möglich sei.

Bei der Abstimmung wurde durch Annahme von Anträgen von Sozialdemokraten und des Zentrums § 270 in einer Fassung beschlossen, die jeden Zweikampf mit Waffen, gleichgültig ob es sich um einen Ehrenhandel handle oder unter weichen Bedingungen er statfinde, mit Gefängnis bedroht.

Die Bestimmung solle lauten: Der Zweikampf mit Waffen wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Hat der Zweikämpfer den Tod des Gegners zur Folge gehabt, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter 2 Jahren, und wenn der Zweikampf ein solcher ist, welcher den Tod des einen herbeiführen sollte, Gefängnis nicht unter 3 Jahren. Bemerkenswert wäre, daß die Annahme der erwähnten Anträge gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei und des Demokraten Abg. Schlermann erfolgte.

Durch § 271 wird Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre demjenigen angedroht, der einen anderen zum Zweikampf herausfordert oder eine Herausforderung zum Zweikampf annimmt. Die Herausforderung und Annahme werden für den Strafsenat, der den Zweikampf vor Beginn freiwillig ausbildet.

§ 272 wurde durch Annahme von Anträgen der Sozialdemokraten und des Zentrums dahin abgeändert, daß straflos nur sein sollen Kartellträger, die ernstlich bemüht gewesen sind, den Zweikampf zu verhindern und die zur ärztlichen Hilfe hinzugezogenen Personen. Mitglieder eines Ehrengerichts, Sekundanten und Zeugen sind nicht straflos.

§ 273, der die Übertretung von Kampfregeln behandelt, wurde nach der Regierungsvorlage angenommen.

Schließlich wurde ein Antrag Rosenfeld, Landsberg, Bell, Wegmann angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei den Landesregierungen eine dem Gesetz entsprechende gleichmäßige Verfolgung der Bestimmungsmensuren in allen Ländern anzuordnen. Gegen diese Entschließung stimmten die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und abermals der Demokrat Schlermann.

Der Strafsenat des Reichstages beriet dann noch die Bestimmungen des Entwurfs über Freiheitsberaubung. In der Beratung vertrat die Genossen Landsberg und Marum sozialdemokratische Änderungsanträge, von denen der Antrag angenommen wurde, daß der Versuch der Freiheitsberaubung nicht strafbar sein soll.

Die Abstimmungen über § 276, der den Frauenraub betrifft, wurde nach längerer Beratung zurückgestellt. Fortsetzung morgen.

Sowjetrussische Heße gegen Deutschland „Pravda“ und die Angelegenheit Kionne.

Moskau, 25. September.

„Pravda“ widmet der Angelegenheit Kionne einen Artikel, in dem sie von der Behauptung von Lippes ausgeht, Hoersch und von Schubert seien von der Absicht und von der Durchführung der Verhandlungen unterrichtet gewesen. Auch sei General von Lippe der Zustimmung der benannten deutschen offiziellen Kreise gewiß gewesen. Wenn die Aussagen von Lippes der Wahrheit entsprechen, so ergebe sich die Tatsache, daß Personen des Auswärtigen Amtes ohne Wissen der Regierung Verhandlungen von allergrößter Wichtigkeit mit hervorragenden politischen Persönlichkeiten des Auslandes geführt haben.

Bemerkung des W.L.B.: Hierzu muß gegenüber der russischen Öffentlichkeit das wiederholt werden, was hier schon zu wiederholten Malen mitgeteilt worden ist, nämlich daß das Auswärtige Amt von den Besprechungen deutschnationaler Politiker mit französischen und englischen Politikern erst nachträglich informiert worden und daß die Tendenz und das Ziel dieser Besprechungen vom Auswärtigen Amt ausdrücklich abgelehnt worden ist.

Nachdem die Moskauer „Pravda“ die Angelegenheit Kionne zu einem Angriff gegen die deutsche Regierung benutzt hat, eifert ihr die Berliner „Pravda“, die „Rote Fahne“, nach. Sie faselt von einem „geheimen Angriffspakt der Hermann-Müller-Regierung“. Deshalb hat vermutlich auch die russische Regierung diese Regierung um die Vertretung der russischen Interessen in China gebeten!

Rechberg und Poincaré.

Herr Arnold Rechberg bittet uns um Veröffentlichung nachstehender Gegenklärung zu dem in unserer gestrigen Abendausgabe wiedergegebenen Brief Poincarés an das „Echo de Paris“:

„Es ist irrtümlich, daß Herr Poincaré mich im Jahre 1928

empfangen habe. Ich hatte vielmehr im Frühjahr dieses Jahres eine eingehende Aussprache mit dem damaligen Ministerpräsidenten. Dabei habe ich ihm meine Ansichten über die politischen Konsequenzen entwickelt, welche aus dem durch den deutsch-französischen Kalipakt, den deutsch-französischen Eisenpakt und den deutsch-französischen Chemiepakt in den Jahren 1926 und 1927 verwirklichten deutsch-französischen Industriebündnis zu ziehen seien. Ansichten, die ich bereits auch in der französischen Presse vertreten hatte.“

Der Ministerpräsident hat einigen meiner Vorschläge durchaus zugestimmt, anderen gegenüber gewisse Reserven geltend gemacht und am Ende der Unterredung gesagt, daß Verhandlungen über derartige Fragen selbstverständlich letzten Endes von der offiziellen Diplomatie realisiert werden müßten.

Ich nahm aus der Unterredung den Eindruck mit, daß der französische Ministerpräsident die Interessen Frankreichs zwar ebenso nachdrücklich vertrete, wie ich glaube meinerseits die Interessen meines Vaterlandes zu verteidigen, daß aber eine weitgehende Einigung mit ihm auf der realen Basis großer gemeinsamer deutsch-französischer Interessen durchaus greifbar sei.“

Das Verfahren gegen Fahlbusch.

Neues Verfahren gegen Femo-Schulz.

Die Untersuchung gegen den früheren Feldwebel bei der Schwarzen Reichswehr Fahlbusch ist im wesentlichen beendet. Auch die Vernehmung von Oberleutnant Schulz, der von Fahlbusch beschuldigt wird, daß er ihm direkte Befehle zur Befreiung Verdächtiger gegeben habe, ist abgeschlossen. Oberleutnant Schulz hat zwar bestritten, daß er Klapproth Mordaufträge gegeben habe, wie dieser behauptete, und auch eine Reihe von Zeugen genannt, doch findet augenblicklich eine Prüfung der Frage statt, ob gegen Schulz nicht auf Grund der Befastungen Klapproths ein neues Verfahren eingeleitet werden soll. Man rechnet im allgemeinen damit, daß Ende Oktober der Untersuchungsrichter die Akten im Fall Fahlbusch abschließen und dann das Ergebnis seiner Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zuleiten wird.



Vierte Garnitur

er mit seinen Armen in der Luft herumrührt, dann schimmern sie hell auf. Manchmal sieht es aus, als wenn er eine große Fensterscheibe putzt, so rudern die Arme, und dazu sagt er etwas auf, Zotiges, verstaubte Familienblattsprit, Witze, Schnodderigkeiten, alles durcheinander. Wenn das Gesicht zu einem Grinsen ausbricht, starren mittendrin schwarze Zahnlücken. Das alles wirkt gar nicht lustig — nein, häßlich. Wie schlecht zusammengesetzt wirkt das alles um den Mann herum, er selbst, seine Gesten, seine verbrauchte Stimme, und man könnte sich vielleicht gar nicht wundern, wenn Mann, Sockhose, Chaplinhut, die schlendernden Arme und das schlecht geschminte Gesicht zusammenfallen würden, zerrieseln zu einem Haufen Müll. Man ist darum auch nicht erstaunt, wenn ganz zum Schluß die Stimme da oben glitschig und äßig wird und zu einem Appell an die Herzen des Auditoriums ausholt: „Da ich für meine Darbietungen von der geschäftigen Direktion dieses Hauses keine Gage erhalte, werde ich mit Erlaubnis, an die Tische zu kommen, um eine kleine Aufmerksamkeit von dem geehrten Publikum entgegenzunehmen.“ Also nur ein Bettler, genau wie die vielen, die an die Türen kommen und die Hand ausstrecken.

Zerpfühore weint.

Auch Amüsierbetrieb, nicht feiner, aber gleichender, statt Rollen mit Bier Likör und Wodka und manchmal Sekt. Es wird getanzt, zuniel getanzt und zu wenig Likör konsumiert. Also Pause — Parkett frei, und herein hüpfen drei kleine Dingerchen.



„Ihr Porträt für 50 Pfennig.“

Damals, in jenen herrlichen Zeiten, wo ein ungeputzter Waffenrockknopf Berdreden am Staate war, kam man gelegentlich hinzu, wenn da draußen auf einem der sandigen Exerzierplätze die Söhne des Volkes zu Seiner Majestät Soldaten zusammengesetzt wurden. Das sah gar nicht so schön aus und gar nicht so heldenmäßig, wie das immer in den damaligen Schulbüchern und in Schorers Familienblatt: „Die Erinnerungen eines Einjährig-Freiwilligen“, zu lesen stand. Was den Helden jeden Nimbus nahm, das war des Königs Rock, den sie dabei trugen. Ein jämmerliches Stück, mit schwarzgeschwiztem Kragen, blankgewetzt, geflickt, eine schlöterige Farbenstaub von violett bis hellgrün, und dazu die passenden Hosen. Das war die vierte Garnitur. Hundertmal durchgeschwizt, hundertmal wieder geschwehrt, gepuht, gebürstet, durch Pfützen geschleift, vom Exerzierplatzhand dünngefressen! Jeder, der auch nur einen Knopf am Kragen hatte, durfte seine dreifigen Stiefel daran abstreifen. Gewiß — es gab auch eine erste Garnitur, blühblank, mit Samt anzugreifen, aber daran durfte der Soldat bei ganz guter Führung höchstens — träumen. Das war damals.

Aber man kommt nicht an diesem Vergleich vorbei, wenn man Menschen und Dinge, von denen hier die Rede sein soll, auf diese zwei Worte: „Vierte Garnitur“, stellen muß; Menschen, die im Schatten des Kunstlerturns an hoffnungslossten Nichtkönnen und grenzenlosem Dünkel dahintrinken. Also: „Kunstlerturn“, vierte Garnitur, zertrümmert, zertrümmert, durch Pfützen geschleift.

Da ich keine Gage erhalte.

Es ist in einem jener Lokale, die an Lohn- und Sonntagen bis auf den letzten Stuhl mit einem radaufreudigen Amüsierpublikum vollgepfropft sind. Viel Musik, schlingende Tanzpaare, sehr, sehr viel dicker Tabakrauch und noch viel mehr Bier und zwischendurch die ersticklichen Kabarettelagen. — Steigt also ein Mann auf das Podium mit der Papiergirlande. Mit Chaplinhut und Sockhosen legitimiert er sich als Komiker. Der Autawan, setzt zu einem Programm zusammengeschnitten, ist früher mal sein gutes Sonntagsstück gewesen, und später hat er wohl an einem soliden Schreibpult damit gefesselt, denn die Kermel sind blankgewetzt, sehr blank. Wenn

jung, knobenhaft und mächtig angetuschelt, sehr entkleidet, und tanzen werfen die Beine in die Luft, drehen sich, trippeln und zappeln auf dem Parkett herum. An jedem Abend dreimal, als Matrosen, als Hampelmännchen, für sechzig Mark Monatsgage — und hinterher werden sie mit Herrn Müller aus Chemnitz oder Herrn Raier aus Gleiwitz billigen Sekt trinken. Das ist die Hauptsache: Viel Sekt trinken, dazu sind sie verpflichtet. Wer mag es diesen kleinen Dingen mit den viel zu großen Augen, in denen der Hunger nach dem großen Erlebnis glimmt, angetan und ihnen das Märchen von der großen Chance, die auf sie wartet, ins Ohr geflüstert haben? Man möchte ihn verprügeln. Nun hoppeln sie hier, Abend für Abend, und trinken Sekt, Abend für Abend, und geben ihre Gesundheit dem Teufel Alkohol. Da ist wohl eine enge, schlecht gelüftete Hinterhauswohnung, in der es immer nach Kohl riecht, und ein arbeitsgebeugter Vater, eine sorgenerzessene Mutter und viele, viele Wäuter, die alle Tage gestopft sein wollen. Und da ist ein schöner Traum von glühenden Dingen und von vielem Geld. Morgen wird er zerflattert sein, der Traum, wenn der Sektikonsum zu sehr heruntergeht und drei kleine Tanzmädels tüchtigeren „Künstlerinnen“ Platz machen müssen, und wenn jeder Agent, dem sie, Engagement suchend, vortanzen, die Achseln zuckt und sie distrikt belächelt, und wenn sie dann endlich wieder irgendwo untergeschliffen dürfen, tanzen und — Sekt kaufen, sonst nichts. Sie können nicht mehr fort davon, zurück an die Schreibmaschine, hinter den Ladentisch, denn das hastet an ihnen, dieser Schminkehauch, und sie sind verliebt in sich, wie sie sich auf dem Parkett bewegen dürfen und gepuderte Radheiten zeigen. — Drei kleine Tanzmädels tanzen in die Hölle — und jeder, der eine Flasche Sekt bezahlen kann, darf seine dreifigen Stiefel an ihnen abwischen.

Auf der Straße.

Eigentlich ist sie ja unter allen zu finden, unter den Menschen und den Dingen um die Menschen herum, diese „Vierte Garnitur“, aber gerade unter der Maske des Kunstlerturns drängt es sich nach vorn, ausdringlich Beachtung heischend. Steht da auf dem Rummelplatz zwischen den bunten Buden, eingehüllt von den Schmalzuckerdüften, eine Staffelei, und der Mann, der vor ihr steht, hat eine feine braune Samtjacke an, und sein Kopf ist in eine wallende Haarträhne eingewickelt. Gewiß will er damit beweisen, daß er ein Künstler ist, vielleicht aus Eitelkeit, oder aus Geschäftsrücksichten. Die Leute schelten ihm das gar nicht zu glauben, denn uninteressiert gehen die meisten vorüber und begucken nicht einmal die Porträts, die schlecht und recht oder wenn man so sagen will, recht schlicht mit Bleistift gezeichnet sind, und auf eine große Pappe geklebt, an der Staffelei baumeln. „Dein Porträt für fünfzig Pfennig.“ Aber das Geschäft geht schlecht. Läßt sich mal wirklich einer auf dem schönen weißen Seidenpapier vornehmen, dann will er sich nachher aus den Linen und Schatten nicht wiedererkennen und macht Krach, und die Leute, die dabei stehen, geben ihm Recht. Na — er hat ja schließlich auch recht. Und der Mann in der Samtjacke zuckt die Achseln und steckt die fünfzig Pfennig ein. Gott ja, wir müssen ja alle leben, und man ist ja noch lange kein Bösewicht, wenn man schlechte Porträts für gutes Geld macht, und zehn Stiel

Die Pflasterkästen

von A.M. Frey.

Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Dusang, befehlsgewohnt, läßt sogleich seine Stimme erschallen. Der Sanitätsmannschaft wird ihr Platz genommen; sie kann ja im Verbandraum kampieren. Der eine Krankenraum fällt ebenfalls an Dusang. Trotzdem vermag er sich nicht restlos im Keller zu installieren. Seine Schreiber müssen hinaus ins Parterre.

Zwei Vorteile bringt er wenigstens mit für Fünfer: Telephonisten richten in einem Winkel den Fernsprecher ein, und ein Verpflegsoffizier schaut persönlich nach, ob die Herren genug zu essen haben.

So lenkte der Krieg denn wieder konzentriert beginnen. Und er tut es. Gleich nachdem Dusang eingetroffen ist, leht das Feuer der feindlichen Artillerie auf. Sie hat sich erholt, ist zur Ruhe gekommen, in Stellung gegangen, hat sich orientiert, sie beschleht planmäßig und wachsend.

Dusang ist noch nie so weit vorn gesehen. Die Regimentebefehlsstellen liegen meist hinter den Verbandplätzen. Er macht gute Miene zum bösen Spiel. Ihm ist anzumerken, daß er denkt: vorläufig kann ich nichts Besseres tun als mich mit dem Hautjuben vertragen. Wer weiß; wenn ich Pech haben sollte, brauche sogar ich selber ihn.

Auch er mustert kritisch die schönen, aber jetzt nicht sehr zweckmäßigen Gewölbe. Und mißtraut der Festigkeit der Kellerröcke alsobald so, daß er von Ordmanzen und vom Sanitätspersonal, über das er gar nicht zu verfügen hätte und über den Kopf des Arztes hinweg anmaßend verfügt, einen niederen Stollen in die Tiefe ireiben läßt, schräg abwärts in den Boden, der Schußrichtung abgewandt.

Er kommandiert zur Arbeit mit Hacke und Spaten „nur“ — wie er sagt — dasjenige Sanitätspersonal, das gerade keinen Dienst im Verbandraum oder draußen im Freien tut. Daß diese Leute in der Zeit, da sie nicht Sanitätsdienst machen, ruhen sollten — daß sie deshalb ihren eigentlichen Dienst nicht machen, das mit sie ausruhen können — das übergeht er. Er, der sonst über alles, was Sanität heißt, hochnützlich hinwegsieht, treibt jetzt persönlich diese Leute zur Arbeit an.

Ja, später stellt er sich sogar zu den Ärzten vorübergehend wie gleich zu gleich — als es mit der Verpflegung hapert und nichts Rechtes, nämlich nur Feldküchenfraß unregelmäßig herangebracht werden kann, weil man zu sehr beschossen wird. Nun zehrt er mit von den Borräten, die im Hinblick auf Verwundete etwas reichlicher von Anfang an deponiert waren.

Seht stärkeres Feuer auf Schloß Fontaine ein, so kriecht er als einziger in den begonnenen Stollen. Mehr Menschenleiber faßt das unferlige Stückchen Raum nicht. Sowohl sein Adjutant wie die Ärzte können außen bleiben, von der Mannschaft gar nicht zu reden. Vielleicht fällt ihnen allen die Kellerröcke auf den Kopf. Das wichtige Leben des Kommandeurs ist dann wenigstens gerettet.

Ja, — so weit vorn zu sein, ist bisher nicht seine Sache gewesen. Jetzt geht es auch ihm einmal dreidig und er muß fraternisieren mit den Pflasterkästen. Aber das gibt sich freilich bald, gibt sich, so wie er wieder aus der „Scheißgassen“, wie die Soldaten sagen und die Offiziere es ihnen nachsprechen, heraus ist.

Während er sich so ein- oder zweimal des Tages in erhöhter Sicherheit begibt, ergeht es seinen Schreibern oben im Parterre sehr bedenklich. Und als sollte ihm demonstriert werden, durch welche Kleinigkeiten man um die Ecke gebracht werden kann und wie gut Stollenbauten für Kommandeure sind, bekommt eines Morgens der jüngere der beiden Konzisten An Splitterschen in Liniengröße ab.

Er hat ihr selbst nachgelauscht, der Granate, die im Garten krepirt ist, offenbar dicht an der Mauer, denn man hört Holz und Steine krachen — da rumpeln schon eilige Stiefel die Kellertreppe hinab.

Sie tragen und schleifen ihn zwischen sich, der nicht mehr gehen kann. Wo steht's ihm denn, ist er getroffen, wo ist er getroffen? Er blutet nicht, die Uniform ist heil — soweit eine deutsche Uniform 1918 heil genannt werden kann.

Unbegreiflich, aber deutlich sichtbar verfällt er in wenigen Sekunden. Hier ist ganz eindeutig zu sehen, wie der Tod das Leben erobert. Schritt um Schritt und Griff um Griff, mit sicherer Faust.

Funk steht vor ihm, der stehend von den anderen festgehalten wird, und weiß nicht, was tun. Es geht zu schnell. Er macht ihm den Kragen auf, er neckt diese verfluchte Soldatenkravatte los, diesen unnützen Würgapparat.

Jener ist weiß, wird grau, dann gelb. Sein Mund schnappt einmal, zweimal kräftig — und ebenso oft um eine Kraftstufe schwächer. Die Lippen werden farblos — untern

nächsten Zugriff schimmern sie blau. Er hat die Augen geschlossen — daß sie nun halb aufgehen, ist kein Erwachen, kein Zurückkehren, es ist das Erschlaffen der Lider, die auf Halbmaß gehen und keinen Blick mehr enthüllen, nur das Gebrochene ehemaliger Blicke.

Das alles spielt sich ab, während sie ratlos den Kameraden halten und ihn anrufen wie einen Schlaftrunkenen. Ehe sie ihn hinlegen können, ehe die Uniform ganz offen steht, ist es vorbei.

Stabsarzt Fünfer saht nur noch an einem Körper umher, der schon kalt wird.

Dusang, aus seiner Ecke heraus, beunruhigt über die Aussicht, mit einem Schreiber sich befehlen zu müssen, fragt gereizt: „Wie steht's also mit dem Huber?“

„Da ist offenbar etwas ganz Kleines mitten ins Herz gedrungen“, formuliert Fünfer seine Diagnose ungewohnt und ungewöhnlich albern.

35.

Von seiten der Gruppe, der das Regiment augenblicklich angehört, ergehen, unterzeichnet vom Chef des Generalstabes, Befehlungen, „für den Sanitätsdienst bei Bewegungskrieg und Angriff.“ Drei eng betrippte große Aktenseiten, einundzwanzig wichtigsterische Punkte, die Funk bitter grinsend studiert.

Wegen besserer Arbeitseinteilung sei nur ein Truppenverbandplatz anzustreben. — In Wahrheit: weil euch die Mittel ausgehen.

Die Verbandplätze müssen sich darauf beschränken, die Verwundeten schnell transportfähig zu machen. — Nach' du mal jeden Durchlöcherten im Handumdrehen transportfähig.

Tragen schonen, weil auf Nachschub von solchen aus der Stappe nicht zu rechnen ist! — Es hat noch kein Träger eine Trage zerbrochen, an die Band geschmissen oder kleingehackt. Der sie zerhackt und zerhackt, das ist die Allerweltsgranate. Und wenn sie's getan hat, Herr Chef, ist Ersah aus der göttlichen Stappe also nicht mehr zu erwarten.

Erfrischungsstellen für zurückflutende Verwundete richten sie ein. Wie das klingt! Es wird sich bestenfalls um sogenannten Kaffee, verkettigt unter Vermeidung jeglicher Bohne, handeln.

Reichilderung der Wege ist „rechtzeitig“ durchzuführen. — Was heißt rechtzeitig? Darüber sollen sich die vorne den Kopf zerbrechen. Hauptsache, daß der Befehl glatt auf dem Papier steht.

Kriegsgefangenen sind die Verbandplätzen abzunehmen und zu benutzen, um eigene zu sparen. — Und die Gefangenen, falls sie verwundet werden? (Fortsetzung folgt)

Zwei Brandstiftungsprozesse.

Frau Goldreichs Villa. — Der Brand im Männerheim.

Im Hinblick auf die vielen Brände der letzten Zeit, namentlich Dachstuhlbrände, bei denen sehr häufig der dringende Verdacht einer Brandstiftung vorhanden war, ohne daß es möglich wurde, die Schuldigen zu ermitteln, dürften zwei Brandstiftungsprozesse interessanter, die vor dem Schwurgericht I und II begannen. In beiden Fällen wird von der Anklagebehörde vorläufige Brandstiftung angenommen.

Vor dem Schwurgericht II begann ein mehrwöchiger, auf Indizien sich stützender Brandstiftungsprozeß, der sich gegen drei Angeklagte richtet. Es handelt sich um das große Schadowskiewitz, das am 23. Juli v. J. gegen Mitternacht in der Villa der Frau Goldreich in Neu-Zittau ausgebrochen war. Die Villenbesitzerin Frau Marie Goldreich und deren 73jähriger Vater Albert Hädicke werden beschuldigt, gemeinschaftlich zum Zwecke eines Versicherungsbetrugs eine Brandstiftung verübt zu haben. Als dritter Angeklagter wird der Schiffseigner Wilhelm Grasse aus Posen genannt, der beschuldigt wird, von dem geplanten Verbrechen Kenntnis gehabt zu haben und eine Anzeige unterlassen zu haben. Sämtliche Angeklagte, die noch nicht vorbestraft sind, bestreiten ihre Schuld und es ist von der Staatsanwaltschaft II ein umfangreicher Indizienbeweis mit 42 Zeugen und mehreren Sachverständigen gegen die Angeklagten angetreten worden.

Frau Goldreich bewohnte mit ihrem Sohne und ihrem alten Vater allein das Haus. Als der Brand ausbrach, war Frau Goldreich mit ihrem Sohne in Berlin und nur der alte Vater, der im Keller wohnte, anwesend. Der Brand brach in den Obergeschossen aus. Bei dem Löschungswert soll sofort starker Petroleumgebrauch wahrgenommen worden sein und es sollen auch an verschiedenen Stellen des Hauses getrennte Brandherde entdeckt worden sein. Frau Marie Goldreich, eine Frau von 51 Jahren, hat ein romantisches Vorleben. Sie war einst eine erfolgreiche Ballet- und Verwandlungstänzerin, die an Hoftheatern und an den ersten Varietébühnen des In- und Auslandes auftrat. Bei einem Gastspiel in Budapest lernte sie ihren späteren Ehemann kennen, der dort als Bog- und Fiedelmeister gleichzeitig auftrat. In Petersburg heiratete sie ihn mit 17 Jahren. Das Ehepaar trat viele Jahre in Amerika auf. Dazwischen war es oft in Deutschland und erwachte sich ein Grundstück in Neu-Zittau. Der Ehemann war amerikanischer Staatsbürger geworden. Bald nach Ausbruch des Krieges reiste er mit einer Frau aus Neu-Zittau wieder nach Amerika. Die Ehefrau konnte nicht nachfahren und er nicht zurückkommen. Seitdem ist das Ehepaar getrennt und die Ehe wurde vor drei Jahren geschieden.

Eine wesentliche Rolle in dem Prozeß spielt die Frage der finanziellen Lage der Frau Goldreich zur Zeit des Brandes.

Sie bestreitet entschieden, daß sie in verzweifelter Lage gewesen sei. An jenem Tage sei sie in Berlin gewesen und habe, da es zu spät

geworden sei, bei ihrer Schwester übernachtet. Anrufe nach Hause seien vergänglich gewesen, da sie keine Verbindung bekam. Als sie am nächsten Morgen heimkehrte, habe man sie sofort verhaftet.

Das Männerheim des Deutschen Heilsboten in der Gollnowstraße

— eines Konkurrenzunternehmens der Heilsarmee — war am 31. Mai d. J. nicht schlecht besetzt als sonst. Um 10 Uhr abends, als die Pflichten sich bereits im ersten Schlaf befanden, ertönte plötzlich Feueralarm. Eine Schwester vom gegenüberliegenden Hause hatte aus dem Dach Rauch aufsteigen sehen und der Hausburche Kell telephonierte sofort nach der Feuerwehr. Während der Portier des Männerheims voll philosophischer Ruhe meinte: „Was's doch brennen, was ist denn weiter los,“ bemühte sich der Hausburche besonders eifrig um die Garderobe, indem er sie nicht, wie man erwarten sollte, weg von der Brandstelle schaffte, sondern im Gegenteil ihr näher brachte. Die Feuerwehr stellte Brandstiftung fest. Der Verdacht fiel auf den Hausburche. Er war geständig. Er bestritt aber, das Heim in Brand gesteckt zu haben in der Absicht, Diebstehle zu verdecken. Er erklärte vielmehr, er habe es aus Mißstimmung gegen den Inhaber des Männerheims getan. Dieser habe nicht allein seinen Freund, den Leiter des Männerheims, entlassen, sondern auch dessen Mutter, die in einem anderen Heim tätig war, und dessen Vater, der den Posten eines Wächters inne hatte.

Vor dem Landgericht I, das gestern die Brandstiftung verhandelte, lernte man sowohl den entlassenen Heimleiter als auch den Inhaber des Männerheims kennen. Dieser bezichtigte jenen der Anstiftung. 14 Tage vor der Tat habe er gedroht, „wenn ich entlassen werde, hat H. (das ist der Inhaber des Männerheims) kein Heim mehr. Wenn er meine Eltern entläßt, bin ich zu allem fähig.“ Der Leiter sagte aber: „Das stimmt nicht, ich habe mein Herz Gott geschenkt. Als Christ nehme ich niemandem etwas über. Ich kenne keinen Gott. Ueber meine Entlassungsgründe kann ich nichts sagen, ich habe mich ehrenwörtlich verpflichtet, zu schweigen.“ Darauf antwortete der Inhaber des Heims: „Das mit dem Ehrenwort hat nichts mit der Sache zu tun. Er hat sich nämlich eingebildet, mit meiner Frau ein Verhältnis zu haben. In Wirklichkeit hat er sich aber verschiedene Unredlichkeiten zuschulden kommen lassen. Das war der Grund für seine Entlassung.“ Natürlich bestritt der also Verleumdete sowohl die Unregelmäßigkeiten wie auch ein nur „eingebildetes“ Verhältnis. Er habe mit der Brandstiftung nichts zu tun, wenn er auch mit dem Angeklagten öfters ausgegangen sei und dieser bei einem Gehalt von 1,50 M. pro Tag plus 6 M. wöchentlich für die Verwaltung der Garderobe viel ausgegeben habe. Der Heimleiter blieb unerbittlich, weil er der Anstiftung verdächtig war. Der Hausburche, selbst ehemaliger Pförtner des Heims, wegen Diebstahls bereits vorbestraft, wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

von den Hängern sind immer fünf Mark, ob gut oder schlecht. Aber soviel wird es selten an einem Tage, höchstens Sonntags mal. — Ein anderer ist tüchtiger, mit Samjadett und Steirlocke. Er hält sich an feinere Rundschaft. In Nacht- und Repplokalen sieht sie. Nicht, daß sie gerade auf ihn wartet, aber er schlingelt sich von Tisch zu Tisch und betet überall seinen Vers herunter, von dem hungernden Künstler, von der Kunst, die nach Brot geht, und von dem Können, das sich mühselig, aber ehrlich durchringen muß.

Es gibt ja noch so viele Beispiele, vielzählige. Was verflümmert an Musikern in rauchgefüllten, üblen Lokalen, fristet seine Tage von Beitegrochen, geht dem Leben verloren? Was zerbricht seine Jugend, seine Hoffnungen, seinen Lebensmut an den Schmierentheatern, die es immer noch gibt?

Schwindel mit Bauparkassen.

Die Betrogenen sehen sich zur Wehr.

Die Wohnungsnot haben sich schon eine ganze Reihe Leute zunutze gemacht, um durch allerlei Prospekte über Bauparkassen Wohnungsuchenden Geld aus der Tasche zu locken. Es ist in der Nachkriegszeit schon oft genug gewarnt worden, derartigen Neueinrichtungen all zu schnell Glauben zu schenken und auf die Leistungen derartigen Gesellschaften große Hoffnungen zu setzen. Eine ganze Reihe Berliner Wohnungsuchender haben ihre Leichtgläubigkeit wieder bitter büßen müssen.

Vor einigen Monaten inserierte eine „Gemeinnützige Bauparkasse Groß-Berlin“, die versprach, billige Wohnungen zu bauen. Im Bureau dieser Gesellschaft waren fertige Mietkontrakte, die leider zu rasch unterschrieben wurden. Der Genossenschaftsanteil sollte 720 M. betragen, die aber nicht gezahlt werden brauchten. Es wurde lediglich eine Vermittlergebühr von 50 M. pro Zimmer abderlangt. Die betreffende Gesellschaft besaß nicht einmal das Grundstück, auf dem angeblich Wohnungen erbaut werden sollten. Auch die Hauszinssteuer konnte nicht bewilligt werden, weil es der Gesellschaft nicht gelang, den Nachweis über die restlichen Baugelder zu erbringen. So kam naturgemäß recht bald der Zusammenbruch der Gesellschaft und nun erst stellten die Genossenschaftler fest, daß sie mit ihrem Anteil von 720 M. haftbar sind, und zwar in doppelter Höhe, also mit 1440 M. Die Geschädigten hielten kürzlich eine Versammlung ab, in der sie eine Entschädigung annehmen mit der Forderung, das Zentralwohnungsamt möge eingreifen. Das Zentralwohnungsamt wurde ersucht, die Bedingungen, woraus Neubauwohnungen, die mit Hauszinssteuermitteln erbaut worden sind, nicht durch Vermittler gegen Provision vermittelt werden dürfen, periodisch der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Außerdem soll durch die zuständige Behörde jede Annonce, die Wohnungen anbietet, kontrolliert werden. Die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Mieter gehen dahin, daß mehr Mittel aus der Hauszinssteuer den wirklich gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften zugeführt werden, die der Kontrolle der Gewerkschaften unterliegen. Außerdem ist es vornehmste Pflicht für die Gewerkschaften, bei Tarifverhandlungen die Neubauten mit in die Lebensindexziffer einzufaktulieren, damit auch die Mieter, die erst jetzt eine Wohnung benötigen, nicht schlechter gestellt sind, als diejenigen Mieter, die im Besitz einer Altwohnung sind. Dieses Ziel zu erreichen ist nur möglich durch einen festen Zusammenhalt nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in der größten Arbeitnehmerpartei, der SPD.

Opfer seiner Kollage.

Verrat des Reichsschuldbuchgeheimnisses.

Unter der Anschuldigung, das Schuldbuchgeheimnis verletzt zu haben, hatte sich der Angestellte H., der bei der Reichsschuldverwaltung als Beamter vereidigt gewesen war, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen passiver Bestechung zu verantworten. Mit ihm waren der Bankier Löwenstein und dessen Angestellter Simon wegen aktiver Bestechung angeklagt.

Löwenstein war in Berlin für eine süddeutsche Bankfirma tätig und hatte den Auftrag, Forderungen von Auslandsgehabigten an das Reich aufzukaufen. Am wertvollsten waren ihm hohe Forderungen, die schon in das Schuldbuch amtlich eingetragen worden waren. Durch seinen Angestellten Simon lernte er eines Tages H. kennen, der in der Reichsschuldverwaltung in der Abteilung arbeitete, in der die Eintragungen der höheren Forderungen in das Reichsschuldbuch vorgenommen wurden. H. sagte, daß es ihm sehr schlecht ginge und daß er einen Nebenverdienst suche. Löwenstein gab ihm darauf ein Darlehen von 200 M. mit der Aufgabe, ihn doch über die amtlichen Eintragungen in das Reichsschuldbuch auf dem laufenden zu halten und ihm die Adressen der Geschädigten mitzuteilen. H. gab ihm die gewünschten Auskünfte und verlegte dadurch sein Amtsgeheimnis. Der Verdacht lenkte sich auf H., der keine Straftat sofort zugab. Im Gegensatz zu ihm bestritt Löwenstein seine Schuld. Nach seiner Behauptung wollte er den Beamten nur veranlassen, auf Anfragen von Geschädigten, die ihre Forderungen gleich verwerten wollten, sein Bankhaus zu nennen. Die Beweisanfrage ergab jedoch, daß der Sachverhalt so lag, wie H. es zugegeben hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen von drei, vier und sechs Monaten.

Das Gericht bestrafte H. unter Berücksichtigung seiner bisherigen Unbefreiheit mit 200 M. Geldstrafe, da er durch den Verlust seiner Stellung schon hart gestraft wurde. Löwenstein erhielt eine Geldstrafe von 3000 M. und sein Angestellter Simon wegen Beihilfe zum Betrage 300 M. Geldstrafe.

Prozeß gegen die Hundeperré.

In einer voll besetzten Protestversammlung in der Schönberger Schlossbrauerei forderten die Mitglieder und Freunde des Allgemeinen Tiereschutzvereins in einstimmig gefaßter Resolution sofortige Aufhebung der Hundeperré, zumindest aber Lockerung der darin enthaltenen Vorschriften. Der Referent des Abends, Rechtsanwalt Walter Bahn, referierte in launig gefärbter Rede den ganzen Sachverhalt. Der Stein des Anstoßes, die mutverdächtige Bestie, die drei Menschen gebissen haben soll, ward in seinem Munde zu einem zierlichen, lammfrommen Pinscherhündchen, das, durch Freiheitseraubung in Hornisch gebracht, keinen Cerberus (die Hausangestellte) in den Finger gebissen hätte. Der Kadoer des einige Tage später verendeten Tieres sei nach dem Rochschen Institut geschickt worden, wo man in unbegreiflicher Uebertreibung und Aufschauung Tollwut festgestellt und daraufhin die ganze Hundebesitzerfamilie zu Serumimpfungen gezwungen hätte. Es war aus all der juristischen Spiegelscherelei leider nicht zu entnehmen, ob der Befund tatsächlich Tollwutverdacht ergab. Nach Ansicht des Referenten sei es bisher in Deutschland über-

haupt nicht gelungen, den Tollwuterreger festzustellen, es sei noch niemals zu einer Seuche, sondern lediglich zu einzelnen verdächtigen Fällen gekommen; keiner Meinung nach bedürfe es also keiner soch durchgreifenden Maßnahmen wie die Verhängung der Hundeperré über 7 Stadtbezirke und das daraus folgernde „rigorose“ Vorgehen der Hundehändler. Nach einer mehr als lebhaften Diskussion wurde oben erwähnte Resolution gefaßt.

Das Ende vom Liede.

Kaiserliches Erbgut unter dem Hammer.

Dieses Inserat läßt ein Kölner Antiquariat jetzt in einem in Berlin erscheinenden Fachblatt für Kunsthandelsinteressenten veröffentlichen:

Palais Schaumburg, Bonn. Inneneinrichtung, Kunstgegenstände, Antiquitäten, Silberkammer, Perletrappe usw. Konturmalerei Frau Alexander Joubkoff, Victoria, geb. Prinzessin von Preußen. Die Versteigerung erfolgt im Auftrage des Konkursverwalters, Herrn Rechtsanwalt Dr. Rhein, Bonn.

Zeitechte und Stimmvoll, zum großen Teil Erbgut aus dem Kaiser-Friedrich-Palais in Berlin; darunter einige französische Fourniermöbel des 18. Jahrh., zahlreiche Möbel des Empire und des deutschen Klassizismus, Barockmöbel, schöne Stimmöbel usw.; Porträts und Porzellanfiguren von Fürstlichkeiten des Hohenzollern- und Belsenhauses, darunter Wert von: Franz Krüger, Heinrich von Angeli, Christian Rauch usw. Die ungemein reiche Silberkammer enthält neben einer Anzahl altdeutscher Arbeiten hervorragende Werke Londoner Silberkammer d. 17. bis 19. Jahrh.

Versteigerung im Palais Schaumburg, Bonn, Koblenzer Straße 141, Donnerstag, 10., bis Samstag, 12. Oktober, je 10-1 und 3-6 Uhr, Sonntag, 13. Oktober, 10-1 Uhr. Versteigerung ebendortselbst: Dienstag, den 15., bis Samstag, den 19. Oktober, je 10-1 und 3-6 Uhr. Reich illustrierter Quartalkatalog 5 M.

Wenn auch bereits seit langem bekannt ist, daß aller Besitz der Prinzessin Victoria von Preußen, verehelichten Frau Alexander Joubkoff, nicht mehr ihr, sondern zur Konturmalerei gehört, so hatte man doch niemals so recht daran glauben wollen, daß die Welt sie erleben würde. „Erbgut aus dem Kaiser-Friedrich-Palais in Berlin“ unter dem Hammer des Zwangsversteigerers verauktioniert zu sehen. Wilhelm in Doorn ist sich auch hierbei treu geblieben. Lieber läßt er seine Schwester auspfänden und die Hinterlassenschaft seines Vaters verschleudern, als daß er sich die Ordnung der Sache Geld kosten ließe.

Veranstaltung für Maler und Kunstgewerber. Es ist wenig bekannt, daß im Stadtmuseum die Bildungskommissionen für Angehörige der bildenden Berufe bestehen. In der 10. Versammlung, Bremer Str. 18/20, finden abends folgende Kurse statt: Zeichnen und Malen nach der Natur, Ornamentkompositionenlehre, -zeichnen und -malen, konstruktives Zeichnen, (Geometrie — geometrisches Zeichnen, Projektionszeichnen, Schattenlehre und Perspektive), Künstlerische Schrift, Modellieren. Ferner sind noch folgende Klassen eingerichtet: Stillehre, Chemie für Kunstgewerber, Zeichnen für Lehrer, für Reklame- und Schilder-maler, Raffinesse für Maler, gewerbliche Buchführung, Rechnen, Deutsch, Stenographie, Englisch und Schön-schreiben. Nähere Auskunft und Anmeldung im Schulbureau täglich von 9-1 Uhr und außer Sonntags 18-20 Uhr. Beginn des Wintersemesters am 1. Oktober. Die Kurse können besucht werden von Berufsangehörigen jeden Alters.

104. Reso-Wanderung, Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturlande E. A.: Sonntag, den 29. September, Fahrt nach Oberwald. Besichtigung der naturwissenschaftlichen Sammlungen der Forstlichen Hochschule unter Führung von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Götze. Oberwald. Abfahrt ab Elettiner Fernbahnhof mittags 8.50 Uhr nach Oberwald. Sonntagsschiffahrt 3 M. 2.00 M. Mitglieder frei, Gäste 0.30 M.

50 Jahre Arbeitergefängnis.

Jubiläumfeier der „Liedertafel Berlin-West“.

Die Arbeiterfänger des alten Berliner Westens können in diesen Tagen den Abschluß einer 50jährigen Entwicklung- und Tätigkeitsperiode begehen. Diese im Jahre 1879 beginnende Periode deckt sich mit der Geschichte und dem Aufstieg des Arbeitergefängnisses durchaus.

Der Aufbruch nach einem Zusammenstoß der Kräfte zum Zweck einer Steigerung der gefanglichen Leistungen und einer sicheren Fundierung des Vereinsgebäudes überhaupt hat sich im Laufe der Jahre unter den Arbeiterfängern des alten Berliner Westens reflexlos durchgesetzt. Während früher in diesem Stadtteil mindestens sechs Arbeitergefängnisse mehr neben- als miteinander der Sache dienten oder dienen wollten, existiert heute im alten Westen Berlins nur ein Arbeitergefängnis, und zwar ist dies die dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund angeschlossene „Liedertafel Berlin-West“. Als Mutterverein hat hier der im Herbst 1879 gegründete Männergefängnisverein „Harmonia“ zu gelten. Aus diesem entstand im Oktober des Jahres 1892 durch einen Zusammenschluß mit dem Verein „Phönix“ der Arbeitergefängnisverein „Gerechtigkeit“. Aus zwei weiteren Vereinen, und zwar „Frühlingstau“ und „Freiheit 1“ bildete sich im Mai 1899 der Arbeitergefängnisverein „Freiheit-West“, und schließlich entstand dann im August 1907 durch den Zusammenschluß der Vereine „Gerechtigkeit“, „Freiheit-West“ und „Frühlingstau“ als einziger Arbeitergefängnisverein im alten Berliner Westen die schon oben genannte „Liedertafel Berlin-West“.

Als einzige Rechtsnachfolgerin aller früheren Arbeitergefängnisvereine im alten Westen veranfaßte die „Liedertafel Berlin-West“ am Sonnabend, dem 28. September, in dem für die Arbeiterfänger des alten Berliner Westens quasi historischen Saal des früheren „Königshof“ (jetzt „Nationalhof“), Bülowstraße, eine Erinnerungsfeier an das verfloßene Jahrhundert, zu der auch alle Freunde des Arbeitergefängnisses als Gäste Zutritt haben. Und wahrlich: reiche Erinnerungen sind es, die hier wieder aufleben werden, die hier zu feiern sind. Bildeten doch in schwerster Zeit politischer Anwesenheit, d. h. zur Zeit des Sozialistengesetzes, auch die Arbeitergefängnisvereine mit einem Sammelpunkt der besten und treuesten Anhänger der Partei. Die Arbeiterfänger der damaligen Zeit ließen sich selbst durch die schwersten Drangsalierungen der staatlichen („königlichen“) Behörden nicht davon abbringen, auch an ihrem Teile dem Sozialismus zu dienen. Und da man dies zur Zeit des Sozialistengesetzes nicht offenkundig tun konnte, wurde durch Anwendung von mancherlei „Kunstgriffen“ — so z. B. durch Ankauf von Kirchen- und patriotischen Liedern — der eigentliche Zweck der damaligen Arbeitergefängnisvereine mit zu verdecken gesucht. Aus dieser mehr politischen wie gefanglichen Betätigung der damaligen Arbeitergefängnisvereine — auch der des alten Berliner Westens, in deren Mitgliederlisten man Namen findet, deren Träger späterhin als politische oder Gewerkschaftsführer allgemein bekannt wurden — hat sich der Arbeitergefängnisverein zu einem einzig bestehenden Kulturfaktor entwickelt, der als solcher auch von Musikkapazitäten, die nicht auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehen, ohne jede Einschränkung anerkannt wird. Wie enorm groß der Unterschied — rein kunstwertig betrachtet — zwischen dem, was die Arbeiter in früherer Zeit sangen und ihrem jetzigen Repertoire ist, dafür bietet das Programm der am 28. September stattfindenden Erinnerungsfeier der „Liedertafel Berlin-West“ einige recht interessante Vergleichsproben.

Für die Arbeiterfänger des alten Berliner Westens war und ist es auch heute noch eine selbstverständliche Pflicht, sich der Partei und den Gewerkschaften zu ihren Veranfaßungen zur Verfügung zu stellen.

André Dahl: Das Tagebuch des Noah

Diese vom Vater Noah eigenhändig niedergeschriebene Urkunde — die älteste Schrift des Weltalters ist unversehrbar — wurde einmal der Akademie der Wissenschaften vorgelesen, die sich aber entschieden weigerte, eine Übersetzung vorzunehmen.
Man muß wohl annehmen, daß hinter dieser Weigerung kleinliche Eitelkeit oder politische Gründe verborgen sind.
(Anmerkung des Autors.)

Ich bin sehr zufrieden. Wenn das Wetter weiter so schön bleibt, werde ich meine Weinernte um einen Monat früher als voriges Jahr einbringen können.

Am nächsten Tag. Gott hat mich für morgen bestellt. Das ist schon das achte Mal. Er läßt mich wegen jeder Kleinigkeit rufen. Unter solchen Umständen kann man nicht ruhig arbeiten.

Am folgenden Tag. Gott hat mich empfangen. Er war reizend. Er ist jetzt nicht mehr so unnahbar wie früher. Er wird eben müde und alt. Er hat mich vertraulich beim Arm genommen und gesagt: „Mein lieber Noah, es wird regnen.“

„O Herr,“ antwortete ich, „dein Wille geschehe. Es ist sicher, daß ein bißchen Regen meinem Wein nicht schaden wird.“

„Es handelt sich nicht um ein bißchen Regen, es wird durch vierzig Tage regnen. Das Wasser wird die Gipfel der Berge überfluten. Es wird eine schreckliche Katastrophe werden.“

„Darf ich mich nach den Gründen dieser Sintflut erkundigen, o Herr?“

„Gewiß, ich will das System von Ebbe und Flut einführen. Aber beim erstenmal wird es nicht so glatt gehen. Auf der einen Seite wird zuviel Wasser und auf der anderen Seite nicht genügend Wasser sein. Ich muß also eine Sintflut veranstalten. Und dann will ich auch etwas für die Fische tun. Diese Tiere sind so reizend. Sie reden nichts und verlangen nichts von mir. Es wird also eine Sintflut geben. Aber du sollst nicht umkommen.“

„Ach?“
„Du bist ein netter, gerechter, anständiger und anhänglicher Mensch. Ich kenne deine Fehler. Aber du hast ein gutes Herz. Mache also folgendes. Du wirst ein Schiff aus Baumstämmen, die du mit Pech zusammenfügen wirst, erbauen. Wenn du merkst, daß der Regen kommt, nimmst du das Schiff mit samt deiner Frau bestiegen und durch vierzig Tage darauf bleiben.“

„Vierzig Tage mit meiner Frau? O Herr, das ist eine fürchterliche Strafe, die ich nicht verdient habe. Du müßtest ich lieber erkaufen. Du machst dir keine Vorstellung, was vierzig Tage in Gesellschaft meiner Frau bedeuten. Mit ihr verglichen ist der Biesolaurus ein Lammchen.“

„Du mußt sie dennoch mitnehmen. Nichts kann eine Frau so befähigen wie das Leben an Bord eines Schiffes. Uebrigens werde ich nicht allein sein. Du wirst auch deine drei Söhne und ihre drei Frauen mitnehmen und wolle ich ein Paar von allen unreinen Tieren und je sieben Paare von allen reinen Tieren.“

„Aber, o Herr, da brauche ich ja ein riesiges Schiff.“
„Und wenn schon. Ich will dir deine Aufgabe erleichtern. Ich will für dich einen Appressenwald erschaffen. Es werde ein Appressenwald!“

Augenblicklich entstand vor meinen Blick ein hundertjähriger Appressenwald. Gott ist nun einmal so. Ich habe noch nie jemanden gesehen, der alles so verwickelt macht. Es wäre ihm ein leichtes gewesen, sogleich die Arche zu erschaffen, damit ich mir die Mühe erspare. Daran denkt er nicht. Er macht alles so im Handumdrehen.

„Hier ist der Wald,“ sagte er, indem er in einer Wolke aufschwand. „Belebe dich. Ihr müßt euch alle in die Arche begeben. Wenn ihr heute abend anfangt, könnt ihr in hundert Jahren ganz gut fertig werden.“

Einen Tag später. Ich habe die Arche in Angriff genommen. Das Gerücht, daß eine Sintflut kommen wird, hat sich rasch verbreitet. Meine Frau konnte die Neuigkeit nicht bei sich behalten. Jetzt herrscht ein fürchterlicher Andrang von Tieren, die alle Plätze belegen wollen. Da klopf mir alle fünf Minuten so ein riesiger Kerl von einem Löwen auf die Schulter und bittet mich, ihn doch mitzunehmen. Das ist sehr peinlich. Schrecklich ist es, wie ungeduldig die Schmäden sich gebärden, sie haben Angst, nicht zurechtzukommen...
(Es verfließen hundert Jahre.)

Am Tag vor der Sintflut. Also, die Arche ist fertig. Gott hat heute um drei Uhr die Arche feierlich besichtigt. Die Inneneinrichtung hat gut gefallen. Wir haben vereinbart, daß sich jeder seinen Proviant selbst mitbringt. Die Einschiffung beginnt morgen früh. Ich ohne, daß es ein heilloses Durcheinander geben wird. Gott hat mir nach Schluß der Besichtigung die Hand geschüttelt, indem er sagte: „Sehr gut. Ich bin sehr zufrieden, Noah. Du erinnerst dich: je ein Paar von den unreinen Tieren und je sieben Paare von den reinen Tieren. Ich verlasse mich auf dich, daß du niemanden vergißt.“

Und allsogleich fing es zu regnen an.

Am zweiten Tag. Dieser Wolkenbruch hört nicht auf. Meine armen Weingärten sind schon vollkommen unter Wasser. Das Gedränge in der Arche ist schrecklich. Das Schiff hat sich in beunruhigender Weise zur Seite geneigt, als die sieben Paare Elefanten auf einmal einstiegen. Unangenehm ist es, daß wir von den Raubtieren nur je ein Paar mitnehmen dürfen. Acht Wespen sind gekommen. Die ganze Familie war vier Stunden lang damit beschäftigt, sechs von ihnen wegzujagen. Der Hirsch hat mit seinem Geweih die Tür eingestößt. Mein Sohn Sem beschäftigt sich mit Lebensmittelgeschäften. Auch stehe ich vor einem unangenehmen Problem. Der Einsiedlertrieb will allein mitfahren. Nun muß ich aber gemäß dem Befehl des Herrn ein Paar mitnehmen. Wenn ich aber ein Paar mitnehme, dann ist der Einsiedlertrieb kein Einsiedlertrieb mehr. Ich kenne mich nicht aus.

Am fünften Tag. Der Regen fällt unablässig. Die Aussicht ist unheilvoll. Nur einige Baumwipfel ragen aus der Flut empor. Alles sonderet sich voneinander ab. Wir mußten den Streptokokken und anderen Bazillen ein Eichen reservieren, da sie niemand in seiner Nähe haben wollte.

Eben hatte ich die Eingangstüre geschlossen, als ich sie wieder öffnen mußte. Es war die Schädtrübe, die verzweifelte Zeichen von sich gab.

Mit der Riesenschlange lebe ich im besten Einvernehmen. Sie ist entzückend. Sie hat uns gerne gestattet, sie am Pfand aufzuhängen, um die Wäsche trocknen zu können.

Am siebenten Tag. Der Regen wird immer stärker. Es ist kalt. Mein Sohn Sem hat einen kleinen Pelzhandel begonnen. Meine Frau beginnt zu schmelzen. Mit einer Energie, die mir sonst

fremd ist, habe ich die Tür geöffnet und ihr gesagt: „Wenn es dir nicht paßt, du brauchst nur zu gehen, bitte...“, indem ich auf die unendliche Wasserfläche wies.

...igster Tag. Ich habe mich sehr geärgert. Da habe ich an jedem Morgen, um die Tage zu zählen, in ein Stück Holz eine Kerbe gemacht. Jetzt hat der Tiger das Holz verwendet, um sich die Zähne damit zu putzen. Ich weiß nicht, wieviele Tage wir noch in der Arche verbringen müssen. Vielleicht zwei, vielleicht auch zwanzig...
Es regnet. Der Ausblick ist schrecklich. Alles, was auf der Erde lebte, ist zugrundegegangen. Glücklicherweise gab es noch nicht allzu viel Lebewesen auf der Erde. Gottes Weisheit ist unermesslich. Wenn ich bedenke, daß er seine Sintflut um zehn Millionen Jahre später hätte veranstalten können...
...igster Tag. Es gieht ununterbrochen.

Bei den Tieren herrscht die größte Unordnung. Die Ruhe der ersten Tage ist einer begreiflichen Erregung gewichen. Die Regen laufen den Rausen nach, die Löwin hat ein halbes Hamm gefressen und die Gule läßt niemanden in Ruhe schlafen. Die Giraffe hätte sich beim Aufstehen fast tödlich verletzt; denn der Pfand ist niedrig. Auch Geburten sind zu verzeichnen. Die Kuh hat ein Kalb bekommen. In der Dunkelheit hat sich das Känguruh geirrt und das Kalb in

seine Brusttasche gesteckt. Noch weitere acht Tage und ich werde verrückt...
...igster Tag. Das ist kein Regen mehr. Das ist ein Wolkenbruch. Gott hat sich wohl geirrt. Es regnet schon länger als vierzig Tage. Oder vielleicht hat er vergessen? Die Bage ist keine tröstliche. Ich habe versucht, die Taube wegzuschicken, um zu sehen, ob irgendeine Aussicht auf besseres Wetter bestehe. Ich öffnete die Türe und machte: „Rud... rud...“ Unbegreiflicherweise bezog der Elefant dies auf sich und fiel wie ein Diat mit einem Verzweiflungsschrei ins Wasser. Dieses sein vorzeitiges Ende erfüllte die ganze Besatzung mit großem Schmerz.

...igster Tag. Mit aller Vorsicht ließ ich die Taube ausfliegen. Sie flog dreimal um die Arche und entfernte sich. Mein Sohn Sem nahm Wetten bezüglich des Zeitpunktes ihrer Rückkehr an. Sie kam schon einige Minuten später zurück und hielt einen Delbaumzweig im Schnabel.

Dann fuhr die Arche auf den Gipfel eines Berges auf, den ich auf Geratewohl Ararat taufte. Am Himmel erschien ein verschiedenfarbiger Bogen. Ich sah sie als eine Offenbarung der göttlichen Güte auf, ließ aber Besonnenheit für den Fall der Gefahr meine Frau zuerst aussteigen. Dann folgten erst die anderen.

Am Land. Ein schreckliches Leben. Man könnte fast taub werden. Man hört unablässig „Habtschl... Habtschl...“
Buchstäblich jedermann, die Enie, der Leopard, die Kröte, das Zebra, der Hase, der Bär, der Geier, die Spinne und der Raikäfer, jedermann ohne Ausnahme hat Schnupfen!
(Berichtigte Übersetzung aus dem Hebräischen von Leo Kasten.)

Hanns Erich Kaminski: Auf der Suche nach Europa

Nichts ist beglückender, als für ein Ideal, das man in der Brust trägt, die Fundamente schon in der Wirklichkeit zu entdecken, in einer Wirklichkeit obendrein, die dem Ideal eigentlich ins Gesicht zu schlagen scheint. Vielleicht gibt es darum gegenwärtig nichts so Tröstliches für einen guten Europäer wie eine Reise nach Florenz. Denn in Florenz, im Mittelpunkt des schicksalhaften Italiens, sprechen selbst die Steine von der europäischen Idee lauter als in jeder anderen Stadt der Welt. Florenz beweist, daß Europa ein Ganzes ist, daß es eine europäische Seele gibt, die kein Mussolini auszulöschen vermag.

Ein Bekenntnis zu Europa sind die Werke Lorenzo di Medicis, die über Florenz schweben wie ein Motto: „Nur die Jugend ist ohne Sorgen, die so schnell uns doch entschwebt, tröstlich sei darum wer lebt, unbekannt bleibt uns was morgen...“ In diesen melancholisch-entzückenden Worten liegt nicht nur die Seele von Florenz, in ihnen liegt die Seele des Abendlandes.

Weltliches und Göttliches ist in dieser Stadt geschaffen, eine Geschichte ist über ihre Plätze, durch ihre Straßen gerollt, wie sie großartig und mannigfaltiger keine Weltmacht haben kann; aber über alles steht immer der Wunsch, noch rasch zu genießen, und die Angst, daß es kein Morgen gibt.

Daher die Sucht nach Vollendung und nach einer Unsterblichkeit, die ganz von dieser Welt ist! Was für Heiden müßten die Florentiner gewesen sein, die immer neue, immer schönere Kirchen bauten und mit jedem Bau nur bewiesen, wie sehr sie fürchteten, es könnte ihnen ein Genug verlorengelangen. Gott und die Heiligen boten ihnen nur Anlässe, ihre Künstler zu beschärfen und sich mit Dingen zu umgeben, die das Leben verschönern. Michelangelo bestritt, daß Gott ihn zu seinen Werken inspiriert habe; der Dämon, den er in seiner eigenen Brust trage, habe sie geschaffen, sagte er zu Vittoria Colonna. Die Maler, die Frauen in sehr weltlichen Vergnügungen malkten, waren nicht gläubiger, aber um die Leute und das eigene Gewissen zu beruhigen, gaben sie ihren Bildern den Namen irgendeiner Heiligen.

Nein, die Florentiner können nicht fromm gewesen sein. Mächtiger als der Glaube an das Jenseits war ihre Angst davor, Arbeit zu verlieren und sich lieber in Werken verewigen als auf die Unsterblichkeit ihrer Seele vertrauen. Aus diesem Geist heraus sind die überlebensgroßen Schöpfungen der Renaissance entstanden, deren Pantheon Florenz ist.

Darum ist es, obgleich nur eine Mittelstadt, die gegenwärtig völlig unter dem Einfluß einer nationalistischen Diktatur steht, eine unvergängliche Stadt, Geist von jenem Geist, in dem Europa am Ausgang des Mittelalters wiedergeboren wurde zu dem, was es in seiner hellenischen Kindheit war: zu Freiheit und Größe, zu Arbeit und Toleranz. In diesem Geist lag und liegt seine Schöpferkraft, sein Dämon, seine Unauslöschlichkeit.

Es ist kein frühlicher, kein unbekümmerter Geist. Die Genies, deren Florenz so viele befaß, waren alle beladen mit Strapazen, zerfressen von Zweifeln, gejagt von Ängsten, gepemelt von Langeweile. Nicht einer von ihnen war glücklich. Dante, Boccaccio, Guicciardini, Machiavelli, Michelangelo, Leonardo, Savonarola: alle waren sie getrieben von der Last des Lebens, arme Neureichthümer, trostlos, gehetzt, besessen. Und Lorenzo der Prachtige, der Fürst, der Millionär, der Künstler, der Mann, von dem man am ehesten annehmen sollte, daß er glücklich war, schrieb die Verse, die die Grundstimmung der großen Florentiner am vollendetsten ausdrücken...
Man kann diese Stadt und ihre Menschen nicht begreifen, wenn man an der Politik vorbeigeht, für die sie sich alle, echte Europäer, leidenschaftlich interessierten. In Florenz war die Politik immer Schicksal. Seit den Tagen der Stauer bekämpften sich hier Guelfen und Ghibellinen wie nirgend sonst, der Florentiner Dante schrieb in der „Göttlichen Komödie“ das Wort, in dem die Idee des ghibellinischen Weltreichs als geschlossenes Gebäude erscheint, und Savonarola folgten seine bedeutendsten Mitbürger, als er die Medici stürzte und noch einmal die Republik zum Leben erweckte.

„Die freie Kommune im ewigen Weltreich“, das war, auf eine kurze Formel gebracht, das Bekenntnis der Florentiner. Mit der Freiheit der Stadt verschwand auch ihre Größe; als die selbständige Kommune im Großherzogtum Toscana aufgegangen war, gab es keine Genies mehr in ihr. Heute ist Florenz eine italienische Provinzstadt wie andere auch. Aber europäisch, eine Erinnerung und eine Verheißung, ist das Bild der Stadt geblieben.

Wenn man auf der Piazzale Michelangelo steht, hinter sich einen Abguss von Michelangelos David und noch weiter zurück die Marmorfassade der Kirche San Miniato, schweift der Blick über das wunderbarste Panorama. Sanft steigen die Hügel an, gesteckt

mit weißen und gelben Häusern, auf deren Dächern die Sonne glänzt. Fern sieht man schneebedeckte Berggipfel, seitlich krümmt sich der Arno in zahllosen Windungen, die in den Horizont laufen. Welch holdes, friedliches Bild, über dem die weiche toscanische Luft wie eine blauliche Glasglocke liegt! Born aber im Tal sieht man Florenz und inmitten dieser sanften Umgebung erscheint die Stadt beinahe düster mit der breiten Kuppel des Domes, mit dem Gemäuer des Ponte Vecchio, mit dem nackten Gestein von Santa Croce, mit dem Palazzo Signoria, dessen Turm wie ein Speer gen Himmel stößt, und mit zahllosen Mauerresten, Türmen und Toren... Ein Bild des Zwiepatts zwischen der Angst vor dem, was kommt, und der Sorge um das, was ist, jätlich und leidenschaftlich, ungläubig und frohig, ein Bild des Prometheus, das florentinisch, das europäisch ist.

Ein neuer Maschinenmensch

In Zusammenhang mit der großen Funkausstellung führte eine Firma eine artige Spielerei vor, den Radiobühnen. Das etwas unformige Tier aus Holz und Pappe ließ auf seinen Herrn (den Vorführer) zu, vollführte nach dessen Wunsch die seltsamsten Drehungen und Wendungen und hand bellend oder vielmehr laut knurrend still. Seine Befehle erteilte der Herr nicht mit der Stimme, sondern vermittelte Lichtstrahlen, die er aus einer Lampe in eines oder in beide Augen des Hundes fallen ließ. Die Augen bestehen aus sogenannten photo- oder lichtelektrischen Zellen, das sind Körperchen, deren elektrischer Widerstand sich bei Bestrahlung je nach der Stärke der Belichtung ändert. Mit Verstärkerröhren und Motoren im Innern des Tieres in Verbindung stehend veranlassen sie abwechselnd Vordwärtsbewegung oder Drehung, je nachdem beide oder nur eine erregt wird und ihren Motor in Bewegung setzt. Bei zu starker Bestrahlung werden die Motoren ausgeschaltet und der Hund bleibt, ein rasselndes Geräusch ausstößend, stehen.

Hier wurde die lichtelektrische Zelle für eine bloße Spielerei benutzt, die stets zahlreiche Besucher anlockte. Aber sie findet heute schon eine vielfache praktische Anwendung z. B. beim Fernsehen, wo mit ihrer Hilfe Lichtschwingungen in elektrische verwandelt werden, die am entfernten Orte dann wieder in Lichtschwingungen zurückverwandelt werden. Auf der Funkausstellung wurden auch von der Postverwaltung Versuche vorgeführt, die zeigten, wie in großen Zügen dieses Problem bereits gelöst ist, das seiner Verwirklichung zur weit verbreiteten praktischen Benutzung wohl rasch entgegen gehen wird.

Von einer anderen verheißungsvollen Anwendung der photoelektrischen Zelle berichtet die Frankfurter Wochenchrift „Die Umschau“. Sie wurde vor kurzem bei einer Vorführung der amerikanischen Westinghouse Electric Company als jüngster Maschinenmensch gezeigt, dem die Befehle durch den Lichtstrahl statt durch die Stimme übermitteln werden. Auch dieser Apparat oder Maschinenmensch enthält zwei lichtelektrische Zellen, die man als seine Augen bezeichnen kann. Die eine Zelle dient als Wähler; durch sie wird mittels des Lichtstrahls, den man etwa aus einer Taschenlampe auf sie fallen lassen kann, einer von drei elektrischen Stromkreisen ausgewählt, der dann mittels der anderen Zelle geschlossen oder geöffnet werden kann. Der automatische Diener, dem sein Erfinder den Namen Tefelug (Fernleuchtler) gegeben hat, sollte bei der Vorführung die elektrische Beleuchtung des Vorführungsraumes ein- und ausschalten. Mittels der einen Zelle wurde aus einer Entfernung von 25 Meter die Lampengruppe ausgewählt, welche benutzt werden sollte, und mittels der anderen Zelle wurde sie zum Ausleuchten gebracht.

Die technische Möglichkeit, auf immer weiteren Gebieten menschliche Arbeit überflüssig zu machen, schreitet mit Riesenschritten fort. Sorgen wir dafür, daß auch die gesellschaftlichen Zustände eine Form annehmen, in welcher für die breite Masse daraus nicht Unlegen durch Arbeitslosigkeit, sondern Segen durch Anteilnahme an den Kulturgenüssen entspringt.
Bt.

Weiðhornheiden und Vogelschn. Eine Jagdschrift berichtet über eine 1000 Meter lange Weiðhornheide entlang einer Bahnstrecke in Thüringen. In dieser Heide wurden nicht weniger als 132 bewohnte Nester von Singvögeln vorgefunden. In einer anderen Heide des Bodenseegebiets von 1600 Meter Länge fanden sich 115 Nester. Man erkennt, wie wichtig die Heiden für den Vogelschutz sind, am wirksamsten die Dornenheiden.
Was die Schwalbe verheißt. Ein Schwalbenpärchen, das noch keine Jungen hat, sangt im Monat etwa 40 000 Insekten. Sieb etwa fünf Junge im Nest, so erhöht sich die Zahl der vertilgten Fliegen und Mücken auf etwa 270 000 im Monat. Es gibt Schwalbenpärchen, die im Laufe des Sommers weit über eine Million Insekten verzehren.

Großindustrielle Seefischerei.

Für 1928/29 erzielter Reingewinn 3 322 000 Mark.

Ueber Deutschland ist ein Heringslegen gekommen. Die Fischdampfer haben von ihren Fahrten Rekordfänge heingebracht. Die Heringszufuhr ist auf den deutschen Fischmärkten derart gestiegen, daß die Industrie die angebotenen Mengen kaum noch verarbeiten kann. Täglich werden Millionen Pfund Herlinge verfliegert. Wer die Nutznießer dieser reichlichen Spende von Mutter Natur sind, zeigt folgender Beitrag.

Wer kennt nicht die Not und die Schwere des Fischerberufes, den Kampf des Fischers mit den Elementen, seine Abhängigkeit von Wind und Wetter, von den Zugrichtungen der Fischschwärme, seinen zähen und oft aussichtslosen Kampf um eine erträgliche Existenz. Das ist das Bild des Fischerei-Kleingewerbes, gewissermaßen des Fischerei-Handwerkes. Wir haben daneben aber in den jüngst vergangenen Jahren in Deutschland eine sehr starke Entwicklung zur Fischerei-Großindustrie gehabt. Mit ihr kam es zur Bildung eines Seefischerei-Trusts. Er beschäftigte 1924/25, also in den Anfängen seiner Entwicklung, 900 Arbeiter und Angestellte, im Jahre 1928/29 arbeitete er

Schon mit 3000 Arbeitern

und Angestellten. Die „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven AG. arbeitet nach der jüngsten Erhöhung mit 20 Millionen Mark Kapital.

Sie besitzt den Fischereihafen Nordenham an der Unterweser und den Fischereihafen Cuxhaven (vom Hamburger Staat gepachtet). Ihre Flotte umfaßt mehr als 100 Hochseefischdampfer. Ihre Betriebsanlagen umfassen alle notwendigen Apparaturen von der Räuchererei bis zu automatischen Entgrätmaschinen und von Fischmehlfabriken bis zu Transstraktionsanlagen. Der Seefischerei-Trust hat nahezu 200 Groß- und Kleinhandelsfilialen in den wichtigsten Städten Deutschlands. Seine wichtigsten Beteiligungen umfassen die folgenden Unternehmungen:

Unternehmung	Kapital in Mill. M.	Beteiligung in Proz.
Cuxhavener Fischerei- u. Dampferwerke A. G.	0,23	96,85
Deutsche Dampffischerei Nordsee G. m. b. H., Wien	0,2	100
Cuxhavener Eiswerke A. G.	0,44	96,45
Cuxhavener Klippfischwerke A. G.	0,21	33 1/2
Deutsche Seefischhandels A. G., Cuxhaven	1,2	99,77
Dierling-Werte A. G., Cuxhaven	0,32	19,01
Hochseefischerei Rhein-Ruhr A. G.	0,4	25
Lauwert Feine Mehl- u. Co. Komm. Ges., Wefermünde-Seefermünde	0,14	7,04
Hochseefischerei Bremerhaven A. G., Bremerhaven	2,0	61,5
Erste Fisch. Stock- u. Klippfischwerke G. m. b. H., Wefermünde	1,6	6,88
Hochseefischerei A. G. „Trappe“, Lübeck	0,72	

Der Umsatz des Trusts betrug 1925/26 — als er noch nicht vollkommen zusammengefaßt war — rund 27 Millionen Mark, bis 1927/28 stieg der Umsatz schon auf rund 39 Millionen Mark. Für 1928/29 hat die „Nordsee“ ihre Geschäftsentwicklung mehr bekanntgegeben. Es ist aber anzunehmen, daß

der Umsatz bei etwa 50 Millionen Mark

gelegen hat. Selbstverständlich finden wir auch in der Seefischerei,

seitdem sie Großindustrie geworden ist, die Vertreter der großkapitalistischen Interessen.

Der Aufsichtsrat des Seefischereitrusts setzt sich aus den folgenden Personen zusammen:

1. J. F. Schröder, Geschäftsinhaber der J. F. Schröder Bank, Bremen, Vorsitzender.
2. Generalkonsul Dr. A. Strube, Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, Bremen, stellvertr. Vors.
3. Dr. Karl Melchior, i. Fa. M. R. Warburg u. Co., Hamburg, stellvertr. Vors.
4. Ernst Krieger, i. Fa. S. Bleichröder, Berlin, stellvertr. Vors.
5. Carl J. Busch, i. Fa. Carl J. Busch u. Co., G. m. b. H., Berlin.
6. Paul Bardhan, i. Fa. Herm. Dauelsberg, Bremen.
7. Bankier Georg Behrens, Hamburg.
8. Bankdirektor Dr. Franz A. Bomer, Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin.
9. Senator Dr. W. A. Burckhard, Hamburg.
10. Generaldirektor Ernst Häsel, Norddeutscher Lloyd, Bremen.
11. Bankdirektor M. B. Rodem, Deutsch-Asiatische Bank, Hamburg.
12. Direktor Ferdinand Vink, Commerz- und Privatbank A. G., Hamburg.
13. Herm. Marwede, Geschäftsinhaber der Kaiserbrauerei Beck u. Co. A. G., Bremen.
14. Alfred Wichelkes, i. Fa. A. Petersen u. Co., Hamburg.
15. Dr. Guido Möring, Rechtsanwalt, Hamburg.
16. Bankdirektor Gustav Nordquist, Vereinsbank in Hamburg, Hamburg.
17. Wilhelm Dörmann, i. Fa. F. A. Ebbete, Bremen.
18. Regierungspräsident Dr. Rose, Stade.
19. Max Barnholz, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg.
20. Emil Wästen, i. Fa. D. H. Wästen u. Co., Bremen.

Der Reingewinn des Trusts betrug für das Geschäftsjahr 1925/26 rund 568 000 M., für 1928/29 (Jahresabschluss am 30. Juni 1929) ist er schon auf 3 322 000 M. gestiegen. Die Dividende wuchs in der gleichen Zeit von 6 auf 12 Proz. Der Kurs der „Nordsee“-Aktien, der vor wenigen Jahren noch bei etwa 20, also ein Fünftel des Nennwertes der Aktien, lag, steht heute auf 163! Man sieht, daß sich die

großindustrielle Hochseefischerei

loht. Man versteht, mit welcher Bitterkeit der kleine selbständige Seefischer sucht, wie er immer mehr an den Rand gedrängt und seine Existenz ständig unsicherer gemacht wird. Der freie Fischer wird durch den Fischereiarbeiter abgelöst, es spielt sich auch hier ein Stück der Entwicklung zur kapitalistischen Industrialisierung und Konzentrierung ab.

Die „Nordsee“ kann stolz verkünden, daß sie im vergangenen Jahre wieder fünf neue Dampfer in Dienst gestellt hat, und daß sie durch die Uebernahme der Hochseefischerei Bremerhaven einen Zugang von weiteren fünfzehn modernen Schiffen gehabt hat. In das flote heute eine Flotte von 112 Hochseefischdampfern, vier Hochseemotorschiffen, drei Schleppern und zwei Leichtern ihr eigen nennt. Weiter wurde die Zahl der Geschäftshäuser vermehrt, 6 wurden künstlich übernommen, weitere 5 wurden erworben. Im übrigen teilt man mit, daß das neue Geschäftsjahr 1929/30 sich bisher recht gut angefaßt habe und bisher ebenso gut weiter verlaufen sei. Man sieht, die Fische bringen gute Dividenden.

Kurt Heinig.

Im trassen Widerspruch zu dieser Kürzung steht jedoch eine andere Maßnahme: Die Erhöhung der Branntweinübernahmepreise um 2 Mark auf 65 Mark je Hektoliter. Es ist sicherlich zu begrüßen, daß die Branntweinmonopolverwaltung die Alkoholherzeugung im kommenden Jahre etwas drosselt. Wir sind aber der Meinung, daß durch die Art der Drosselung, nämlich durch Herabsetzung des Brennrechts für alle Brennereien und gleichzeitige Erhöhung der Uebernahmepreise gerade der ostelbischen Landwirtschaft, soweit sie auf armen Boden wirtschaftet und wirklich auf eine Brennerei zur Verwertung ihrer Kartoffeln angewiesen ist, schädlich gedient ist.

Gerade diejenigen Betriebe des Ostens, denen die Liebesgaben der deutschen Branntweinpolitik zugedacht sind, werden künftig zugunsten der günstiger gelegenen Betriebe auf besserem Boden leiden. Daß die deutsche Branntweinwirtschaft einer grundlichen Reform unterzogen werden muß, beweisen diese Beschlässe des Beirates der Monopolverwaltung aufs neue.

Weitere Entlastung der Reichsbank.

Der Stand in der dritten Septemberwoche.

Nach dem Ausweis der Deutschen Reichsbank vom 23. September hat eine weitere Entlastung der Kapitalanlage stattgefunden. Die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schecks und den Lombardbeständen verringerte sich um weitere 147,1 Mill. auf insgesamt 2257,6 Mill. Mark. Die Wechselbestände einschließlich der Reichsbankwechsel gingen um 135 Mill. und die Lombardbestände um rund 12 Mill. Mark zurück.

Erheblich stärker als die Entlastung der Kapitalanlage war aber der Rückfluß an Noten. In der Berichtswoche flossen insgesamt 222,3 Mill., darunter fast 210 Mill. Reichsbanknoten in die Kassen der Bank zurück. Der gesamte Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen ging in der Berichtswoche auf 4592,4 Mill. Mark zurück.

Wenig erheblich sind die Gold- und Devisenbestände in der Berichtswoche aufgefüllt worden. Sie erhöhten sich um insgesamt 9,5 auf 2518,6 Mill. Mark. Hiervon entfällt auf die Goldbestände ein Zuwachs von 5,7 Mill. auf insgesamt 2192 Mill. und auf die deckungsfähigen Devisen ein Zugang von 3,8 auf insgesamt 326,6 Mill. Mark. Die Goldzufuhren dürften in erster Linie von der Bank von England herrühren. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 49,6 auf 52,2 Proz. und die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen von 56,9 auf 59,9 Proz.

Insgesamt sind seit dem Augustende, an dem sich die Kapitalanlagen bei der Reichsbank um rund 748 Mill. erhöht hatten, in den ersten drei Septemberwochen fast 670 Mill. Mark zurückgeflossen. Diese Entwicklung geht im übrigen mit der im September 1928 vollkommen parallel.

Reichsverkehrsminister bleibt fest.

Tarifwünsche der Reichsbahn wieder abgelehnt.

Vom Reichsverkehrsministerium wird in der Frage der Erhöhung der Reichsbahnpreise auf die Erklärung des Verwaltungsrats der Reichsbahn mitgeteilt:

Der Reichsverkehrsminister hat nie verkannt, daß die Finanzlage der Reichsbahngesellschaft angespannt ist. Nach seiner Auffassung liegt jedoch im Hinblick auf die steigenden Einnahmen der Reichsbahn gegenwärtig ein zwingendes Bedürfnis für eine Erhöhung der Tarife nicht vor. Es muß zunächst abgewartet werden, wie nach der endgültigen Gestaltung des Young-Planes dieser auf die Finanzlage von Reich und Reichsbahn sich auswirken wird.

Nach der ersten Antwort des Reichsverkehrsministers Stegerwald an den Verwaltungsrat der Reichsbahn konnte auch nach dem nochmaligen Vorstoß der Reichsbahn in der Frage der Erhöhung der Eisenbahntarife keine andere Stellungnahme des Ministers erwartet werden. Die Reichsbahnverwaltung, die es mit ihrer erneuten Tarifierhöhung so eilig hat, wird hoffentlich den Vorschlag des Reichsverkehrsministers annehmen und vor weiteren Schritten die endgültige Klärung der durch den Young-Plan neu geschaffenen Lage in Deutschland abwarten.

Krupp entläßt 1000 Arbeiter.

Konjunkturrückgang oder Rationalisierungserfolge?

Die Firma Krupp verbreitet eine Mitteilung, daß sie infolge des Konjunkturrückgangs in der Eisenindustrie, der bereits zur Stilllegung mehrerer Hüttenwerke des Ruhrreviers geführt habe, gezwungen sei, einer großen Zahl von Arbeitern der Gussstahlfabrik eine „vorläufige“ Kündigung auszusprechen.

Es seien von dieser Maßnahme 700 Mann der Feuerbetriebe und 300 Mann der Hilfsbetriebe betroffen. Da eine Abkürzung der vierwöchigen Sperrfrist nicht beantragt sei, würde der kommende Auftragsseingang über den tatsächlichen Umfang der Entlassungen entscheiden.

Uns erscheint es zweifelhaft, daß der Konjunkturrückgang zu einer Entlassung in diesem Umfange geführt hat. Wahrscheinlicher ist, daß diese Entlassung wenigstens zum Teil eine Folge der Rationalisierungsmaßnahmen ist. Sind doch nach neuesten Angaben des „Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit“ in dem Kesselhaus eines Siedlerwerkes nach der Rationalisierung die Beschäftigten von 84 auf 10 Mann zurückgegangen.

3prozentige Gold-Landesrentenbriefe der Preussischen Landesrentenbank. Die Preussische Landesrentenbank in Berlin veröffentlicht in der vorliegenden Ausgabe eine Anzeige, in welcher sie auf ihre 3prozentige Gold-Landesrentenbriefe hinweist. Die Preussische Landesrentenbank hat die Aufgabe, den für die landwirtschaftliche Siedlung erforderlichen Dauerkredit zu beschaffen. Sie wurde Anfang 1928 unter gleichzeitiger Auflösung der provinziellen Rentenbanken im Interesse einer einheitlichen Geldbeschaffung und Vermaltung errichtet. Landesrentenbriefe sind durch die ihnen gegenüberstehenden Rentenleistungen der Siedler voll gedeckt und dinglich gesichert; außerdem sind sie mit Staatsgarantie versehen. Sie besitzen auch die Reichsmündelsicherheit und sind reichsbanklombardfähig. Hervorzuheben ist, daß die Tilgung nur durch halbjährliche Auszahlungen zu 100 Proz. nicht durch Rückkauf am freien Markt erfolgt. Der Kurs ist seit der Einführung an der Berliner Börse (Februar d. J.) unverändert 95 1/2 Proz. geblieben. Bei Uebernahme einer Sperrverpflichtung werden die Landesrentenbriefe provisorisch berechnet. Dasselbe gilt für freie Stücke, soweit sie von der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) in Berlin direkt bezogen werden.

Das verteuerte Linoleum.

Mißbrauch der Monopolmacht.

Seit dem 16. September sind von den Fabriken der Deutschen Linoleumwerke A. G., der Hauptmacht des europäischen Linoleumtrusts, die Preise um 5—10 Proz. erhöht worden, und zwar der Preis für Bauware um 6—7 Proz., für die meisten anderen Sorten noch höher. Als Begründung wird die Steigerung der Rohölpreise genannt.

Linoleum ist im Begriff, ein immer wichtigeres Bau- und Haushaltungsmaterial zu werden; die wachsende Linoleumverwendung ergibt sich ja auch aus den steigenden Umsätzen der Deutschen Linoleumwerke. Sie betragen 1926: 60, 1927: 75 und 1928: 86 Millionen Mark. Im laufenden Jahr ist

mit einem 100-Millionen-Umsatz

zu rechnen. Eine 5—10prozentige Preiserhöhung bedeutet somit für den Verbrauch eine Belastung um 5—10 Millionen Mark.

Bekanntlich sind in der Linoleumindustrie in den letzten Monaten einige wichtige Transaktionen durchgeführt worden, wodurch die schon vorher von dem europäischen Trust erzielte monopolartige Stellung, wenigstens in Mitteleuropa, noch bedeutend gefestigt worden ist. Wir erinnern an das Einbringen der kontinentalen Linoleum-Union, die zunächst die deutschen, skandinavischen und Schweizer Werke umfaßt, in die holländische Fabrikation, die Angleichung der wichtigsten französischen Produktionsgruppen (Sarlino), sowie die Verständigung mit dem konzentrierten englischen Linoleumkapital. Auch mit dem einzigen deutschen Außensteller, den Linoleumwerken in Boddurg, wurde ein Preisabkommen getroffen. Mit all diesen Vorgängen scheint jetzt auf dem deutschen Markt jede Konkurrenz, auch jede ausländische, so gut wie restlos ausgeschaltet zu sein.

Bereits im Frühjahr dieses Jahres erhöhten sich in Deutschland die Linoleumpreise um 5 Proz., nachdem vorher einige kleinere Preiserhöhungen stattgefunden hatten. Durch die Frühjahrserhöhung wurden sie aber bereits mehr als ausgeglichen. Man hat der Deffenlichkeit gegenüber als

Sinn der Linoleumverteilung

erst im nationalen, dann im internationalen Maßstab die „Rationalisierung“ bezeichnet. Jede Rationalisierung bewirkt eine Verminderung der Kosten; eine Preisermäßigung ist immer der sichtbarste Ausdruck einer rationelleren Fabrikation und eines rationelleren Abflusses. Und jetzt quillert der Linoleumtrust seine Rationalisierungserfolge mit Preiserhöhungen.

Ganz zweifellos sind die Rohölpreise in den letzten Wochen gestiegen. Sinagyn, d. h. erstarrtes Beindl, ist neben Kork, Holzmehl, Kolophonium, Jute, Farbstoffen usw. ein zur Linoleum-

herstellung wichtiger Rohstoff. Anfang August 1927 zahlte man an der Hamburger Produktenbörse für 1 Doppelzentner Beindl 72,75 M., im Oktober 1928 67 M., im Mai dieses Jahres 69 M., im Juli bereits über 88 M., Anfang September 87 M. und in der zweiten Septemberwoche 109—110 M. Aber ebensowenig kann bestritten werden, daß der wichtigste Rohstoff des Linoleums, nämlich die Jute, eine sinkende Preissteigerung zeigt. In London wurde Jute im August 1927 noch mit 35 engl. Pfund je Tonne notiert, Anfang dieses Jahres mit nicht ganz 32 englischen Pfund. In den letzten Monaten schwankte der Preis um etwa 31 engl. Pfund je Tonne. Was muß daher fragen, warum weder die aus der Zusammenfassung und Rationalisierung sich ergebende Unkostenverminderung, noch das Absinken der Jute-Preise im Linoleumpreis sich bemerkbar gemacht haben. Da das bisher nicht geschehen ist, wird man wohl die wesentlichste Ursache der Preiseraufhebung

in der verstärkten Monopolmacht

des deutschen sowie des europäischen Trusts zu suchen haben. „Man vermehrt bisher die Rationalisierungserfolge für den Konsum“, meint auch die „Frankfurter Zeitung“, die ebenfalls der Ansicht ist, daß eigentlich „die seit der Fusion möglichen Rationalisierungsmaßnahmen eine beträchtliche Erhöhung der Materialpreise ausgleichen müßten“. Die Annahme, daß wir es hier in der Hauptsache mit einer Monopolmaßnahme zu tun haben, wird noch dadurch bestätigt, daß sich, soweit bisher bekannt, die Preiserrhöhung auf den vom Trust vollkommen beherrschten deutschen Markt beschränkt, während auf anderen Märkten, wo eine Konkurrenz immer noch besteht, bisher eine Preiserrhöhung nicht eingetreten ist.

Branntweinmonopol und Spiritpreise.

Produktionsdrosselung wegen zu hoher Bestände.

Am 1. Oktober geht das Geschäftsjahr der Branntweinmonopolverwaltung zu Ende. Dank der hohen Spiritpreise geht die Monopolverwaltung mit verhältnismäßig großen Branntweinbeständen von rund 800 000 Hektoliter in das neue Geschäftsjahr.

Der Beirat der Monopolverwaltung, der am 24. September in Berlin über die Geschäftsführung im neuen Jahre beschließen sollte, sah sich daher vor die Notwendigkeit gestellt, die Branntweinproduktion im kommenden Geschäftsjahre etwas zu drosseln. Er hat das Brennrecht der einzelnen landwirtschaftlichen Brennereien im Verhältnis zum Vorjahre um 15 Proz. gekürzt.

Kampfstellung der Holzarbeiter.

Auch der Lehrling ist ein ausgebeuteter Arbeiter.

Bremen, 25. September. (Eigenbericht.)

Dammer-Berlin sprach heute über die Vertragspolitik in den Branchen. Das Jahr 1928 kann als ein Kampfsjahr der Branchen bezeichnet werden. Ununterbrochen wurde versucht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der zahlreichen Branchen weitgehend zu beeinflussen. Beherrschend wurde die Tätigkeit des Verbandes dadurch, daß die Unternehmerorganisationen zu einem Teil in der „Auflösung“ begriffen sind. Sie lösten sich auf, um im gleichen Augenblick neue Verträge zu lassen, die angeblich nur einen wirtschafts-politischen und nicht sozialpolitischen Zweck verfolgen. Das wird gemacht, um nicht als Vertragspartner bei Tarifverträgen anerkannt zu werden. Trotzdem konnten viele Vertragsabstufungen vollzogen werden. Meistens wurden die Verträge förmlich oder betrieblich abgeschlossen. Reichstärker abzuschließen war nur in geringem Maße möglich. Der Bericht Dammers führte in plastischer Weise vor Augen, wie eine Gewerkschaft, die mit zerstückelten kleinen Verträgen des kleinsten Dorfes zu rechnen hat, arbeiten muß.

Die Debatte war sehr ausgebeutet. Hingewiesen wurde vor allem darauf, daß die Ortsklassendifferenzierung zu groß sei. Nur wenige Redner traten auf, die die Tätigkeit der Organisation im allgemeinen nicht lobend anerkannten.

Schleicher behandelte in seinem Schlußwort die Eingruppierung der einzelnen Berufe in Lohnklassen. Zum Schluß ging er auf die

Regelung der Lehrlingsfrage

ein. Die Handwerker laufen mit ihren Verbänden geradezu Sturm gegen die tarifliche Vertragsregelung. Der Verband ist bereit, über die Ausbildung der Lehrlinge zu verhandeln, aber über das Arbeitsverhältnis der Lehrlinge könne nicht verhandelt werden. Darauf wurde eine Entschließung zur Lehrlingsfrage angenommen, die folgendes lautet:

In den letzten Jahren ist es den Handwerkerorganisationen gelungen, die Kosten der Lehrlingsausbildung in steigendem Maße den Eltern der Lehrlinge aufzubürden. Während früher der Lehrling von seinem Meister Kost, Wohnung und vielfach auch Meublierung erhielt, werden gegenwärtig auf Anweisung der Handwerkerorganisationen Entschädigungsfälle für Lehrlinge gezahlt, die oft kaum das notwendige Fahrgehalt von und zur Arbeitsstelle decken. Der Zweck der Lehrlingshaltung ist lediglich

nicht die Lehrlingsausbildung, sondern die Beschaffung billiger Arbeitskräfte für den Unternehmer. Bisher sind alle Versuche der Gewerkschaften, das Entgelt, den Erholungsurlaub und die Arbeitszeit der Lehrlinge auf der sogenannten berufsständigen Grundlage ausreißend zu regeln, an dem Widerstand der Handwerkerorganisationen gescheitert. Eine Änderung dieser Verhältnisse ist nur möglich, wenn der wirtschaftlichen Macht der Handwerkerorganisationen die Kraft der Gewerkschaft entgegengestellt wird. Die Handwerkslehre ist

nicht nur ein Ausbildungsverhältnis, sondern auch ein Arbeitsverhältnis.

Auf dem Wege der tariflichen Regelung ist eine wirklich paritätische Mitwirkung der Gewerkschaften möglich. Der Verbandstag protestiert gegen diejenigen Bestimmungen in dem Entwurf des Berufsausbildungsgegesetzes, durch welche nicht nur die Arbeitsausbildung, sondern auch die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge der tarifvertraglichen Regelung entzogen werden. Er fordert die Gewerkschaften und die Vertreter der Arbeiter im Parlament auf, an der bevorzugten Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag festzuhalten.

Ueber die Arbeit der Reformkommission des ADBB. berichtet der Verbandssekretär Jahn-Berlin. Er legte dar, wie seitens des Gewerkschaftsbundes der Versuch gemacht wird, eine Vereinheitlichung der statutarischen Einrichtungen und der Unterstützungsarten herbeizuführen. In diesem Sinne ist die Reformkommission tätig. Diese Bestrebungen werden vom ADBB. auf das eifrigste unterstützt. Jedoch ist nicht zu verkennen, daß nach so vielen Veränderungen des Statuts vorläufig in gewisser Beziehung eine Ruhe eintreten muß. Der Holzarbeiterverband ist aber nach wie vor bereit, den Bestrebungen zur Angleichung der gewerkschaftlichen Einrichtungen die bestmögliche Hilfe angedeihen zu lassen.

In der Aussprache sagte Grafmann die Auffassung des Bundesvorstandes dar. Larnow führte aus, daß die Schaffung eines allgemeinen Streikfonds sehr schwierig sei, aber vielleicht kann bei der nächsten Gelegenheit, wo eine Bundeshilfe verlangt wird, die Frage geprüft werden. Man könne z. B. dazu übergehen, die Verbände, die für ihre eigenen Kämpfe nicht stark in Anspruch genommen werden, stärker mit Kampfkosten zu belasten.

Annahme des Tarifentwurfes ausgesprochen, beschloß die überfüllte Versammlung in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit die Annahme des Verhandlungsergebnisses.

Der Streik der Reparationsarbeiter.

Deutsche Amtspersonen als Streibreakerwerber.

Der Streik der Reparationsarbeiter am Moseltal dauert fort. Die Unternehmer bemühen sich — mit Hilfe von deutschen Behörden — Streibreaker anzuwerben. Sie erhalten bei dem Streik aber nicht nur die Hilfe deutscher, sondern auch französischer Behörden. Die französische Gendarmerie steht voll und ganz im Dienste der deutschen Unternehmer.

Von den deutschen Amtspersonen, die Streibreaker werden, sei der Bürgermeister von Landstuhl in der Pfalz erwähnt. Auch Bürgermeister in ländlichen Gemeinden der Pfalz betätigen sich im gleichen Sinne. Der Arbeitsnachweis von Dillingen an der Saar verschickte Schreiben an die Arbeitslosen, in dem Streibreaker für den Moseltal geboten werden. Der Bürgermeister von Mettlach an der Saar hat an die Streikenden seiner Heimatgemeinde Schreiben gerichtet, worin den Arbeitern mit dem Entzug der Arbeitslosenunterstützung gedroht wird, falls sie die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen. Diese beiden Amtspersonen befinden sich im Saargebiet, das vorläufig nicht unter deutscher Verwaltung steht. Sie scheinen deshalb der Meinung zu sein, sich wie die französischen Gendarmen ausführen zu dürfen. Da nun die Arbeiten auf Reparationskonto von deutschen Unternehmern mit deutschen Arbeitern fertiggestellt werden sollen, so bleibt zu erwägen, ob die deutsche Regierung das Recht hat, diesen Verletzungen deutscher Gesetze müßig zuzusehen und ob sie nicht die Pflicht hat, hier endlich einmal durchzugreifen.

Ueber die Zustände bei den Arbeitern schreibt uns der Deutsche Bauergewerksbund, daß am 20. September zwei Arbeiter getötet und drei schwer verletzt wurden und zwar bei Sprengungen. Die mit solchen Arbeiten anscheinend unerfahrenen Leute sind zu früh an die Sprengstelle gegangen. Wer krank wird, wird abgehoben. Ein Arbeiter, dessen Ueberführung in ein Krankenhaus vom Arzt angeordnet war, wurde von zwei Gendarmen auf den Hint eines Beamten der Arbeitsgemeinschaft Sohnius, Röller und Kollenbach verprügelt und mußte schließlich von der Streikleitung das Fahrgehalt zur Heimat erhalten.

In der Arbeitslosigkeit der bei den Moseltalarbeiten beschäftigten deutschen Reparationsarbeiter hat der Reichsminister für das Rheinland im Auftrag des Reichsarbeitsministeriums die beteiligten Firmen sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu einer vermittelnden Aussprache nach Trier auf den 30. September geladen.

Ruhegeld bei der Bewag.

Die neuen Bestimmungen für die Angestellten.

In einer von mehr als 1200 Personen besuchten Betriebsversammlung der Angestellten der Bewag am 23. September referierte der Genosse Zeig vom Zentralverband der Angestellten gleichzeitig im Namen der am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften — Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter — über die rückwirkend ab 1. Januar 1929 in Kraft getretenen Ruhegeldbestimmungen. Es ist nunmehr eine völlige Angleichung an die beamtenrechtlichen Bestimmungen erreicht. Kriegsdienstjahre werden angerechnet, Richtstrafegehaltsberechtigte können entsprechend den Richtlinien des Magistrats laufende Unterstützungen erhalten.

Der Gemeindevorstand gibt auch für die bei der Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin beschäftigten Angestellten. Eine Beitragsleistung für die Ruhegeldgewährung ist ausgeschlossen.

Zeig ließ seine Ausführungen dahin ausklingen, daß die in den städtischen Verwaltungen und Werken beschäftigten Arbeitnehmer an der Zusammenlegung der Stadtver-

ordnungsversammlung und des Magistrats ein ganz besonderes Interesse hätten und daher bis zum 17. November besonders von den Angestellten die notwendige Aufklärungsarbeit geleistet werden muß, um den Einfluß der arbeitnehmerfeindlichen Parteien weiter zu vermindern. Die Ausführungen wurden vom starken Beifall unterstrichen.

Die Kollegen Krndt und Lucas gaben den Tätigkeitsbericht des Angestelltenrats. Mit der Feststellung, daß nach wie vor die Angestellten der Bewag in den freigewerkschaftlichen Organisationen ihre einseitige und richtige Interessendvertretung sieht, wurde die Versammlung geschlossen.

Stukkateure, meidet Berlin!

Laßt Euch nicht durch Rundfunk locken!

Die Fachgruppe Stuck- und Gipsbau im Deutschen Bauergewerksbund schreibt uns: „Die Arbeitslosigkeit im Stuckgewerbe war in diesem Jahre wieder besonders groß. Es war keine Seitenarbeit, daß Baustukkateure 15 bis 18 Wochen hintereinander arbeitslos waren. War dann der Arbeiter an der Reihe, Arbeit zu erhalten, dauerte die Arbeit 14 Tage, im Höchsthalle vier Wochen; dann konnte er wieder die Arbeitsnachweiskontrollen drücken. Die Arbeitsverhältnisse der Werkstatstukkateure und Bildhauer aber sind noch viel trauriger. Diese Arbeiter sind das ganze Jahr arbeitslos.“

Durch Inangriffnahme einiger größerer Arbeiten, wie Kinos, Umbau der Komischen Oper und Tieg, haben sich die Arbeitsverhältnisse vorübergehend gebessert, so daß sich plötzlich ein Mangel an Baustukkateuren ergab. Bildhauer und Werkstatstukkateure hofften nun auch in Arbeit zu kommen, leider vergebens. Die Unternehmer lehnten es ab, diese Arbeitslosen einzustellen, denn sie seien der Arbeit nicht gewachsen. Die Arbeiterorganisation versuchte vergeblich, diese Kollegen durch Umstellung in den Arbeitsprozess einzureihen.

So müssen denn jetzt die Werkstatstukkateure und Bildhauer zusehen, wie Stukkateure aus anderen Städten, die das Landesarbeitsamt auf Veranlassung der Unternehmer herangezogen hat, arbeiten. Die auswärtigen Kollegen, die alle verbeiratet sind, verlangten nun von den Unternehmern, da sie zu Hause auch für die Familie zu sorgen haben, eine Auslösung. Diese wurde rundweg abgelehnt mit dem Bemerkung:

„Wir haben Sie ja nicht nach Berlin geholt.“

Die Kollegen wären sicherlich nicht nach Berlin gekommen, denn sie wissen aus eigener Erfahrung, daß es sich nur um vorübergehende Arbeiten handelt. Aber das Landesarbeitsamt hat sie hierher geschickt und ihnen mit der Entziehung der Arbeitslosenunterstützung gedroht. Dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, kamen sie nach Berlin.

Auch der Rundfunk, in Kenntnis gesetzt durch das Landesarbeitsamt, sucht Stukkateure nach Berlin zu locken, weil in Berlin ein Mangel an Stukkateuren sei. So am 17. September. Die Folgen blieben nicht aus. Die Kollegen kamen nach Berlin, gaben ihre letzten Pfennige für die Fahrt aus, aber Arbeit haben sie nicht erhalten. Am 21. September waren schon wieder 20 Berliner Baustukkateure arbeitslos im Nachweiskontrollen und noch immer melden sich Stukkateure auf Grund der Rundfunkmeldung.

Hier muß eine Änderung eintreten. Es darf nicht einseitig gehandelt werden. Es kann nicht so gehen, daß, wenn die Unternehmer pleiten, das Landesarbeitsamt tanzt. Wir verlangen als Arbeitnehmerorganisation, daß, wenn das Landesarbeitsamt Leute von auswärts verlangt, der Sachauskunft der Sachverteilung gehört wird und prüft, ob die verlangte Zahl von Stukkateuren in Wirklichkeit benötigt wird und für welche Zeit.“

Jubilärfest im Sattlerverband.

Am Samstagabend hatte der Vorstand der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Bürsteuherverbandes alle Mitglieder, die mehr als 25 Jahre der Organisation angehören, zu einer Feier im Gewerkschaftshaus zusammenberufen. Von den annähernd 500 Jubilaren waren 400 erschienen, die mit ihren Frauen und Angehörigen den festlich geschmückten großen Saal bis auf den letzten Platz füllten. Ein Teil hatte wegen Krankheit, Unmöglichkeit und zu hohem Alter nicht teilnehmen können. Osten, der 1. Vorsitzende, begrüßte herzlich die Jubilare.

Er spricht, vom ADBB, der selber als Jubilar gefeiert war, hielt die Festrede. Er betonte, daß man nicht von ihm erwarten könne, den Jubilaren ein Loblied zu singen, denn da würde er sich selber loben. Aber in dem Gefühl der Pflichterfüllung, daß wir alle mitgearbeitet haben, ein Bäcklein zu graben, aus dem ein Strom geworden ist, der heute all die Massen ausnimmt, liegt das stolze Bewußtsein, etwas Großes geschaffen zu haben. So manches Ziel, das einst gesteckt war, ist bereits überschritten. Schon ergeben sich neue Ziele die erreicht werden müssen. Um die neuen Aufgaben zu lösen, werden wir weit schwerere Kämpfe zu bestehen haben. Das neue Ziel, was wir jetzt erreichen müssen, ist das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaftsführung.

Ein Orchester des Deutschen Musikerverbandes und das Ebert-Mary-Quartett bestritten wirkungsvoll den künstlerischen Teil der in allen Teilen gelungenen Feier.

Verhandlungen im Braunkohlentonskiff.

In dem Tarifkampf im rheinischen Braunkohlentonskiff haben inzwischen auch die christlichen Gewerkschaften den Schiedspruch abgelehnt. Die Unternehmer nahmen den Schiedspruch an. Am Donnerstag beschloß sich bereits das Reichsarbeitsministerium mit dem Kampf und der Haltung der Parteien.

Wächung, DDB, Kriegerhaus Hauptwerkstatt, Straßenbahn! Sonnabend, 19 Uhr, im Lokal „Am Ruhbaum“, in Dresden, Straße 13, am Verbindungskanal. Reaktionslose Familien in der Bauernschaft. Ist die besten Genossen. Sympathisierende und Frauen können mitgebracht werden. Der Reaktionsvorstand.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Donnerstag, 19 Uhr, kann die Gruppe: Gesundheits-Jugendheim Fete Schulz, Colindale, Straße, Vortrag: „Lehrlingsrechte und Lehrlingspflichten“. — Weiblich: Bildh. Jugendheim Ost, Straße 10. „Streikführer durch die Schuldbücherei“. — Weiblich: Bildh. Jugendheim Richter Str. 18-19. Vortrag: „Die Frau im Wirtschaftskampf und nach dem Krieg“. — Weiblich: Gruppenheim Reichsbanner Str. 46 (Reichsbannerhaus). Vortrag: „Erfolge der Ungleichheiten“. — Tempelhof: Gruppenheim Prater Str. 4-6. Vortrag: „Kommunistische Unternehmungen“. — Köpenick: Bildh. Jugendheim Köpenicker Str. 10. Vortrag: „Ruh und Mühe“. — Köpenick: Bildh. Jugendheim Köpenicker Str. 107 (Walter-Falckhaus-Arbeiter). Gruppenabend. — Köpenick: Bildh. Jugendheim Obersteigewiese, Kaulfener Str. 2 (ehemaliges hinteres Zimmer). Schiedsrichtersabend. — Köpenick: Bildh. Jugendheim Köpenicker Str. 3. Mit jeder zum Aufbruchabend nach Tempelhof.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaeffekten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Gantow-Reichsbannerhaus: Jugendheim Köpenicker Str. 14 (ehemaliges Zimmer). Kautz-Reichsbannerhaus: Jugendheim Köpenicker Str. 18. Vortrag: „Kritik an der Sozialdemokratie“. — Tempelhof: Jugendheim Köpenicker Str. 10 (Kampung von der Gantow-Reichsbannerhaus). — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 15 (ehemaliges Zimmer). Vortrag: „Erfolge durch die deutsche Wirtschaft“. Referent: Willi Vertow.



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

1 1/2 Millionen Ztr. Braunkohle

Für Berlin kein Grund zu Befürchtungen

Der Magistrat beschäftigte sich erneut mit der Frage der Kohlenversorgung Berlins. Stadtrat Dr. Treitel berichtete über eine Besprechung, die am Dienstag beim Reichskohlenkommissar stattgefunden und an der er für den Magistrat der Stadt Berlin teilgenommen hat. In dieser Beratung war auch das Ostelbische Braunkohlenyndikat durch zwei Direktoren vertreten.

Wie Stadtrat Dr. Treitel mitteilte, führte der Reichskohlenkommissar in dieser Besprechung aus, daß seiner Meinung nach in den letzten Monaten Angstkäufe vorgenommen worden seien. Wer sich die Lagerung eines Vorrats leisten konnte, habe sich Kohlenmengen eingelagert. Ein Vorrat von Braunkohlenbriketts sei auf den Werken nicht vorhanden. Dies liege aber nicht etwa an einer verminderten Produktion, sondern an der veränderten Geschäftspolitik. Früher habe man im Sommer Braunkohlenbriketts auf den Werken aufgelapelt. Man sei jetzt aber dazu übergegangen, die Stapelung auf den Werken zu unterlassen und zu Sommerpreisen in die einzelnen Gebiete zu liefern. Dadurch werde verhindert, daß im Spätherbst und im Winter die Bahnen, die schon mit anderen Dingen belastet seien, weiter belastet würden. Im Laufe des Sommers 1929 seien mindestens 800000 Tonnen Braunkohlenbriketts vom Ostelbischen Braunkohlenyndikat nach Berlin verschifft worden. Wenn man annehme, daß von diesen 800000 Tonnen 200000 Tonnen in den vier Sommermonaten verbraucht worden sind, sei ein Stapel von etwa 600000 Tonnen in Berlin vorhanden. Dieser Stapel befindet sich aber zum größten

Teil nicht bei den Händlern, sondern schon bei den Verbrauchern. Der Stapel sei höher, als je ein Stapel auf den Braunkohlenwerken unterhalten worden ist. Der größte Stapel an Braunkohlenbriketts sei auf den Werken 1926 mit 500000 Tonnen vorhanden gewesen. Es sei fernerhin durch Umfrage festgestellt worden, daß in den einzelnen Bezirken in Berlin

bei den einzelnen Händlern ein Braunkohlenvorrat vorhanden sei, der für dringende Anforderungen ausreißend erscheine.

Auf die Umfrage des Reichskohlenkommissars hätte ein Teil der Kohlenhändler nicht geantwortet, von denen nicht anzunehmen sei, daß sie keine Braunkohlen haben. Aus den Meldungen der übrigen etwa 2500 Händler habe sich ergeben, daß bei den Händlern eine Menge von 1 1/2 Millionen Zentnern Braunkohlenbriketts lagere. Die Vertreter des Kohlenyndikats gaben an, daß eine stärkere Belieferung Berlins weder möglich noch zweckmäßig sei. Eine stärkere Belieferung Berlins wäre nur möglich durch Zurücklegung anderer Landesteile.

Der Reichskohlenkommissar sagte seine Meinung dahin zusammen, daß Angstkäufe auf alle Fälle unberechtigt seien. Die Meinung, daß es zu einer Kohlennot im kommenden Winter kommen könne, sei, wenn der Winter nicht außergewöhnlich hart werde, vollkommen unbegründet.

Der Magistrat nahm von diesem Bericht Kenntnis. Er stellte fest, daß Schulen, Krankenhäuser und andere städtische Gebäude mit Kohlen soweit eingedeckt seien, daß irgendwelche Befürchtungen nicht bestehen.

Schutz dem Kleinkinde!

Der Kampf gegen die Rachitis.

In den engen Wohnvierteln der Großstädte sind die gesundheitlichen Gefahren für unsere Kinder am größten. Sehr groß sind die Gefahren für die Verbilligung des zarten Knochengewebes. Hier wuchert gerade im jenseitigen Kindesalter die Rachitis. In proletarischen Bezirken Groß-Berlins wurde festgestellt, daß über 70 Proz. untersuchter Säuglinge und Kleinkinder Anlagen zur Rachitis aufwiesen. Nicht immer entstehen daraus ständig wiederkehrende Erkrankungen und Beschwerden. Dennoch ist ein Prozentsatz von 42 bei 100 Verkrüppelungen, die auf Rachitis zurückzuführen sind, ein erschreckendes Ergebnis der Untersuchungen unserer kommunalen Gesundheitsfürsorge. Wesentliche Hilfe wird den Familien, und zwar vor allem den Müttern durch den ständigen Ausbau der Säuglingsfürsorgestellen in Groß-Berlin zuteil. In den proletarischen Bezirken ist die Inanspruchnahme dieser Fürsorgestellen besonders groß. Ein Tagesbesuch von 150 Besuchern innerhalb von zwei Stunden ist keine Seltenheit. Wertvolle Beratung, laufende Untersuchung, Fürsorge mit Nahrungsmitteln, Bestrahlung mit Höhenstrahlung bei besonderen Erkrankungen — insbesondere auch als Gegenwirkung gegen die Anlagen zur Rachitis — sowie häusliche Fürsorge geben schon die Möglichkeit zur Abwehr der größten Schäden. Bei den schlechten Wohnungsverhältnissen wird natürlich bei fortgeschrittenen Erkrankungen vieles illusorisch.

Beispielgebend ist, was das unter sozialdemokratischer Leitung arbeitende Gesundheitsamt Friedrichshagen im Straßauer Stadtviertel schuf. Ein Heim für rachitische Kinder wurde dort vor nunmehr zwei Jahren eröffnet. Im letzten Jahre nahmen allein 256 Kinder dort an der Kur teil. Bei vielen konnte die Krümmung der Beine — eine der sichtbarsten Erscheinungen rachitischer Erkrankung — fast völlig beseitigt werden. Das wird erreicht durch den ständigen Aufenthalt in frischer Luft und Sonne, durch zweckentsprechende Nahrung und durch Selbstbeschäftigung bei Spielen, ständige Körperpflege, Kleinkindergymnastik und Zwerchturnen regen das Wachstum an. Das weitere besorgt die gesunde Tageseinteilung eines regelmäßigen Lebens.

Solche Erfolge sozialdemokratischer Arbeit in der Kommune erfordern natürlich Ausbreitung und Vertiefung. Die Bevölkerung wird am 17. November der Sozialdemokratie die Möglichkeit geben, ihre Arbeit auch auf dem Gebiete der Kinderfürsorge fortzusetzen und weiter auszubauen.

Die Großgarage im Wohnhaus.

Von der eiserne Notwendigkeit der Nachtruhe für die arbeitende Menschheit scheint der Besitzer des Grundstücks Wilhelmstraße 113 nicht so restlos überzeugt zu sein. Er letzte seinen zahlreichen Mietsparteien eine großangelegte Autogarage auf den Hof und vom frühen Morgen bis zum späten Abend beherrschten die verschiedenartigsten Motorgeräusche das Grundstück. Daran mag man sich ja allenfalls gewöhnen, um so mehr, da ja die meisten Hausbewohner tagsüber vom Hause abwesend sind. Wenn aber die letzten Wagen spät nachts eingefahren sind, treten ganz früh morgens — gegen 4 Uhr — die Wagemächter ihren Dienst an. Mit dem nötigen, unvermeidlichen Krach tritt der große Wasserhahn in Aktion, es wird hin- und hergelaufen, laut gesprochen, so daß die Bewohner unbarmerzig aus dem Schlaf gerüttelt werden. Von erklärenden Worten, werfen manche von ihnen den nächtlichen Ruhestörern nicht nur harte Worte, sondern auch harte Gegenstände an den Kopf, woraus sich naturgemäß zwischen den Parteien ein überaus temperamentvoller Dialog entspinnt, durch den dann glücklich das ganze Haus wachgerüttelt wird. Der eigentliche Waschplatz liegt auf der rückwärtigen Seite des Hofes an einer Stelle, wo die Geräusche nicht so unmittelbar hörbar sind; doch kann dieser Waschplatz schon längere Zeit nicht benutzt werden, da die Wasserrohre kaputt sind und kein Mensch daran denkt, sie wieder instand zu setzen. Daß den Hauswirten Garagen wichtiger erscheinen als Wohnungen, weil ihre Rentabilität eine weit größere ist, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, daß schon Leute auf die Straße gesetzt wurden, weil ihre Wohnung zu einer Garage umgewandelt wurde. Jedenfalls aber gehören Großgaragen auf keinen Fall in Wohnhäuser, sondern an eine Stelle, wo der damit verbundene Lärm die Menschen nicht in ihrer Nachtruhe stört.

Die „Steinerne Internationale“ tagt.

In Berlin tagt in dieser Woche die „Steinerne Internationale“, die Internationale der Grund- und Hausbesitzer. Zwei Professoren, Bredt-Warburg von der Reichswirtschaftspartei und Mestre-Paris, werden über den „Segen des Privateigentums“ sprechen; 34 Staaten werden vertreten sein. In Paris nennt der Wortführer die Hausbesitzer „Geier“. Wann wird es eine Internationale der Gerupften, der Mieter, geben, die Hebergriffen des Grundbesitzers wirksamen Widerstand entgegensetzen kann?

Um die Arbeitslosenversicherung.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

Die Bezirksordnenungsverammlung am Mittwoch ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung den verstorbenen Genossen Penn. An seine Stelle ist Genosse Reichle nachgerückt. Zur Verhandlung standen mehrere Vorlagen, in denen über den Ausgang früherer Beschlüsse berichtet wurde, u. a. daß die Oberpostdirektion versuche, auf dem Postamt 55 durch bauliche Veränderungen des Schalterraumes eine Verbesserung der Abfertigung herbeizuführen, und daß auf den Grundstücken Greißwälder Str. 153 und Raugarder Str. 1 Hilfspoststellen eingerichtet worden sind. — Ein Antrag, für den Ringbahnhof Prenzlauer Allee einen zweiten Ausgang nach der Dunderbrücke herzustellen, ist von der Reichsbahndirektion abgelehnt; sie vermag nach einer vorgenommenen Verkehrszählung eine zwingende Notwendigkeit dafür nicht anzuerkennen und eine nur wünschenswerte Anlage wegen der damit verbundenen hohen Kosten nicht auszuführen. — Eine Forderung um Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Prenzlauer Allee und den Ringlinien 4, 5 und 9 hat gleichfalls keinen Erfolg gehabt. Von unserem Genossen Gorn wurde der Vorschlag gemacht, die Omnibuslinie 4 bis zur Warschauer Straße weiterzuführen. — Dann wurde beschlossen, beim Magistrat die Einrichtung einer eigenen Krüppelfürsorgestelle im Institut der Stadt Berlin für Knochen- und Gelenkkrankheiten, Eberswälder Str. 37/52, zu beantragen. — Der Herrichtung eines Kinderspielplatzes Danziger Straße und Ede Dietterwegstraße wurde zugestimmt. — Für die Einrichtung einer sozialen Arbeitsstube als Sonderbücherei des Volkshausamtes in der Königsstädtischen Oberrealschule wurden die dazu nötigen Mittel bewilligt.

Der Haushaltsplan für 1930, der mit einer Ausgabe von über 38 Millionen Mark abschließt und in dem allein für Wohnzwecke über 12 1/2 Millionen Mark (also fast ein Drittel der ganzen Ausgaben) eingesetzt sind, wurde gegen sieben kommunistische Stimmen angenommen. Gegen Schluß kamen dann die üblichen Rundreiseanträge der KPD zur Verhandlung, zunächst betreffend den Gesetzentwurf zur Arbeitslosenversicherung. Hierbei ergab sich das ergötliche Schauspiel, daß nach einer längeren Begründung ein anderer Kommunist seinen Freunden von der anderen Fakultät — indem er sich direkt an sie wandte — ein Privatgespräch hielt, in dem er u. a. auch den alten Erfahrungssatz aussprach:

daß auf die Dauer die Arbeiterschaft nicht belogen werden könne.

Genosse Döhner wehrte zunächst die erhobenen Angriffe ab und hielt ihnen dann entgegen, daß eigentlich dem Bezirksamt die Arbeitslosenversicherung nichts angehe, daß aber andererseits jedenfalls die Verammlung die Verhandlungen über die geplante Reform mit größter Sorge verfolge, weil eine Verschlechterung der Leistungen

eine starke Belastung der Kommunen herbeiführen würde, besonders in Bezirken mit stark erwerbstätiger Bevölkerung. In einem von unserer Fraktion eingebrachten Antrag solle daher von den gesetzgebenden Körperschaften gefordert werden, daß allen Bestrebungen auf Verschlechterung der schärfste Widerstand entgegengekehrt werde.

Seifenblasen und Luftanträge.

12. Bezirk — Steglitz.

Die Vorlage der Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 2000 Mark an den Verein für Gesundheitspflege zu den Kosten des weiteren Ausbaues des Luft- und Schwimmbades auf dem Schöneberger Südgelände wurde gegen den Einspruch der Kommunisten im Steglitzer Bezirksparlament angenommen. Ebenfalls wurde die Bewilligung erteilt von 16500 M. aus Vorbehaltsmitteln für die Errichtung eines Gebäudes zur Aufnahme eines Kindergartens und eines Kinderhortes. — Für die Verlängerung der elektrischen Vorortbahn über Lichterfelde hinaus stimmten sämtliche Parteien. — Zur Beschlußfassung stand eine Vorlage des Bezirksamts, die den Barentwurf eines Rentnerheims in Steglitz betrifft. Der Antrag wurde ohne Einwand angenommen.

Die im 12. Bezirk seit Jahren bestehende Not an genügenden Schulräumen bringt immer wieder die Forderung nach einem Schulneubau. Wenn eine Partei für die Hebung des Schulwesens in Groß-Berlin sich eingesetzt hat, so ist es immer die Sozialdemokratie gewesen, die Schulfragen allen anderen vorangestellt hat. Ohne Geld kann aber der beste Wille keine Schulneubauten aufzuführen, das aber überließ geschildert der nur agitatorischen Wert bestehende Antrag der Kommunisten. Eine Beschwerde der KPD über die Verschickung von Schulkindern in Landaufenthalt, wo sie angeblich zu schwerer Landarbeit genötigt werden, war vollständig gegenstandslos. Die Entgegnung des Dezernenten der Jugendfürsorge wies nach, daß im letzten Jahr nur 7 Kinder zu Landeuten auf ihren eigenen Wunsch verandt wurden und daß sie sich dort sehr wohl gefühlt haben. In der Abwehr ihrer häßlichen Angriffe auf unsere Genossen kam man auf die russischen Schulverhältnisse zu sprechen, deren furchtbare Verhältnisse sich auch nicht durch die wüsten Schimpfpanonaden der KPD, hinwegleugnen lassen.

Der Burgfrieden, der Kommunisten und Deutschnationale verbod, ist entzwei, als der ebenso bekannte wie berühmte Rundreisererlach vom Liebknechtshaus als Sonderantrag der KPD zum Schluß zur Verhandlung kam. Galt es doch hier, den Entwurf des Reichserwerbslosengesetzes, wie er jetzt dem Sozialpolitischen Ausschuss überreicht worden ist, als einen von der SPD, begangenen Raub von Arbeiterinteressen hinzustellen. Die Verammlung jedoch pflichtete den Ausführungen unseres Genossen Klose bei, der diesen Phrasenerlach als das kennzeichnende, was er ist, nämlich ein Wisch, der wegen seiner inneren Unwahrhaftigkeit und Unehrlichkeit selbst von den Antragstellern nicht ernst genommen wird. Der Antrag verfiel der Ablehnung.

Der SCHUH-Einkaufs-Konzern

Leiser-Stiefelkönig

Inh. Julius Klausner

Inh. Heinrich Klausner

- der größte Berlins -

deckt seinen Bedarf gemeinsam. Beide Firmen verkaufen

gleiche Waren zu gleich billigen Preisen!

